Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahrl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 85 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljahrl. 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 422

Nr. 42. **Magdeburg, Freitag den 19. Februar 1909.** **20. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Aenderung des Organisations-Statuts der Partei.

Der Parteitag in Nürnberg hat nach dem Antrag 16 von Frankfurt a. M. eine Kommission eingesetzt, mit dem Auftrag, eine Revision des Organisationsstatuts vorzunehmen und rechtzeitig den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts zu veröffentlichen. Der Kommission, die aus 21 Genossen aus den verschiedenen Landesteilen zusammengesetzt wurde, sind auch die Anträge 13, 14, 17, 56, 122 und 129 zur Erledigung überwiesen worden.

Die Kommission hat am 11. und 12. Januar in Berlin getagt. An den Verhandlungen haben zwei Vertreter des Parteivorstandes teilgenommen. Als Resultat der sehr eingehenden Beratungen veröffentlichen wir im Auftrage der Kommission den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts. Die Aenderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben.

* * *

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und **Mitglied der Parteiorganisation ist.**

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. **Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.**

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eignen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 4. **Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.**

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. **Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 20 Pf. betragen. Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit" unentgeltlich zu liefern. Mindestens 20 Prozent der erhobenen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen.** Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfall einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. **Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine** haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht **ist nach einem vom Parteivorstand zu versendenden Fragebogen zu geben und muß mindestens** enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrags, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstand überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. **Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Maßgabe, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte zu wählen sind. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.**
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. **Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.**

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. **Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.**

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitags ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, **oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Orte der Parteitag nicht tagen,** so hat der Parteivorstand **gemeinsam mit der Kontrollkommission** den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitags muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitags ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitags sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens 3 Wochen vor der Abhaltung des Parteitags durch das Zentralorgan der Partei bekanntzugeben hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag **ist einzuberufen:**

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig **gestellten Antrag** der Kontrollkommission;
3. **auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bzw. Landesorganisationen.**

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem **nach Ziffer 2** oder **3** gestellten Antrage stattzugeben, so ist der Parteitag **von den Antragstellern** zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§ 7 und 8).

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und **drei** Beisitzern, **unter denen eine Vertreterin der Genossinnen sein muß.** Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers, der Schriftführer **und der Vertreterin der Genossinnen** erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der **übrigen** zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekanntzumachen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eignem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein andrer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitags Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation ergeben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand Vertreter der Landes- bzw. Bezirksorganisationen gutachtlich zu hören oder zu einer Konferenz zu berufen.

Kontrollkommission.

§ 20. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 21. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 22. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 23. **Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt in bewußter Weise die Parteiinteressen schädigt.**

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- bzw. Landesorganisation.

Der Antrag auf Ausschluß aus der Partei kann nur durch eine Parteiorganisation (Orts-, Wahlkreis-, Bezirks- oder Landesorganisation) gestellt werden. Mit Zustimmung des Angeschuldigten kann der Ausschlußantrag auch vom Vorstand der Parteiorganisation gestellt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- bzw. Landesvorstand.

§ 24. **Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- bzw. Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.**

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andre Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 25. **Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens zwei Wochen vor Stattfinden des Parteitags beim Parteivorstand eingereicht sein.**

§ 26. **Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 23 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.**

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf Suspendierung von Mitgliedsrechten zu erkennen und Rügen zu erteilen.

Das Recht der Organisationen, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 27. **Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.**

Wiederaufnahme.

§ 28. **Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- bzw. Landesorganisationen zu richten, bei dem das Ausschlußverfahren seinerzeit anhängig gemacht worden ist. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers zu hören.**

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 29. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die **§§ 10** und **13** vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Der Stand der Reichsfinanzreform.

Die geheime Subkommission, in der sich das Schicksal der Reichsfinanzreform entscheidet, hat wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten ihre Arbeiten vorläufig einstellen und sich bis Freitag vertagen müssen. Inzwischen finden Fraktionssitzungen der einzelnen Blockparteien statt, in denen über den Stand der Sache berichtet und den Führern, soweit die Linke in Betracht kommt, die **Vollmacht** zu den nötigen **Umfällen** erteilt werden soll. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz" soll es „ausgeschlossen" sein, daß die liberalen Parteien sich mit den sog. „veredelten" Matrikularbeiträgen begnügen werden, sie verlangen eine Reichssteuer auf den Besitz, um die Bewilligung der vielen hundert Millionen volksbelastender Steuern vor ihren Wählern beschönigen zu können. Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt aber, man solle sich keine weitere Mühe geben, sondern sich dareinfinden, daß der Vorschlag, die großen Erbschaften der direkten Linie zu besteuern, schon gefallen ist. Somit bliebe allenfalls eine Reichsvermögenssteuer, gegen die erklären sich aber nicht nur die Konservativen, sondern auch die **Regierungen** der größeren Bundesstaaten, vor allem die **preußische**. Nach dem offiziösen „Tag" nimmt man in „unterrichteten Kreisen" an, daß man sich schließlich auf einer **erweiterte Erbanfallsteuer** als Ersatz für die Nachlaßsteuer einigen wird. Dieser Rede Sinn ist sehr dunkel; da die Junker jede Form der Besteuerung der Ehegatten und der direkten Linie strikte ablehnen, ist nicht recht einzusehen, worin die Erweiterung bestehen soll. Möglicherweise besteht die Absicht, die Sätze der bestehenden, den direkten Erbanfall freilassenden Steuer um etwas zu erhöhen, aber auf diese Weise lassen sich keine 100 Millionen herauswirtschaften. Ertragreich ist nur die Besteuerung der direkten Linie.

Bleibt also die Frage, was mit der geplanten Mitheranziehung des Besitzes werden soll, noch gänzlich unklar, so ist nicht minder ungewiß, wie sich die übrigen Steuern gestalten werden. Ob das **Spiritusmonopol** doch kommt oder ob eine andre Form der Branntweinbesteurung gewählt wird, wie für die Tabakbanderole in einer anders gearteten Tabaksteuer Ersatz gefunden wird, welche Steuern man an Stelle der abgelehnten Licht-, Gas-, Kraft- und Inseratensteuer einführen will, das alles liegt noch völlig im Dunkel. Daß die Herren, wie die „Germania" berichtete, sich mit der Absicht tragen, den Kaffeezoll zu erhöhen, die Fahrkartensteuer beizubehalten und den Beschluß auf Erniedrigung der Zuckersteuer rückgängig zu machen ist, ist ihnen durchaus zuzutrauen. Dagegen mutet allerdings die Nachricht von der beabsichtigten Einführung einer **Kohlenverbrauchssteuer** doch schon mehr wie ein Stück aus dem Narrenhaus an. Aber — kann man's wissen?

Vor allem muß Einspruch erhoben werden gegen die heimliche, um nicht zu sagen, **heimtückische** Art, wie bei uns neuerdings wieder die wichtigsten, die Interessen des Volkes aufs tiefste berührenden Gesetze gemacht werden. Die geheime Vorarbeit ist Sache des **Reichsamts**, tritt aber erst eine Vorlage aus dem Dunkel der amtlichen Werkstatt heraus, so muß sie fortab im vollen Lichte der parlamentarischen Oeffentlichkeit stehen. Es entspricht weder dem Geiste der Verfassung noch der Geschäftsordnung, daß in geheimen Subkommissionen **gänzlich neue** Gesetze ausgearbeitet und dann — unter Umgehung der ersten Lesung, ohne daß auch die Oeffentlichkeit Zeit gefunden hat, zu ihnen Stellung zu nehmen — den geheimen Verabredungen entsprechend unter Niederstimmung aller Abänderungsvorschläge in zweiter und dritter Lesung durchgepeitscht werden. Eine solche Steuergesetzgebung sozusagen aus dem Busch heraus darf sich das Volk auf das allerentschiedenste verbitten. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 18. Februar 1909.

Aus dem Reichstag

Der **Reichstag** nahm am Mittwoch zunächst in zweiter Lesung den Entwurf des Gesetzes an, der wenigstens eine **Einschränkung** des Verlustes politischer Rechte wegen Empfangs sogenannter **Armenunterstützung** bringt. Aber weder wird eine völlige Beseitigung des Helotenstempels der Armut auch nur im Reiche herbeigeführt, noch werden die Einzelstaaten durch Reichsgesetz zu demselben Vorgehen genötigt. Unsre beiden auf Ausfüllung dieser bedauerlichen Lücken gerichteten Anträge, die von den Genossen Brühne und Böhle mit sachlicher Kürze begründet wurden, fanden keine Gnade vor den Augen der gesamten bürgerlichen Mehrheit. Die Debatte war sehr kurz und wäre noch kürzer gewesen, wenn sie nicht der nationalliberale Pastor Everling dadurch ein wenig verlängert hätte, daß er Lesefrüchte aus den Reden Wilhelms 2. zum besten gab.

Die zweite Vorlage, die auf der Tagesordnung stand, das Gesetz über Aenderung der Bestimmung betreffend die Doppelbesteuerung, wanderte auf Antrag Bassermann debattelos an die Kommission. In erster Lesung war bekanntlich ein konservativer Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt worden.

Es folgte alsdann die Novelle zum **Bankgesetz**. Sie gab einer Brigade bürgerlicher Redner, Spezialisten oder solchen, die es zu sein behaupten, Gelegenheit zu Massenproduktion von Schlafpulver. Nacheinander tummelten der Kreth, der schwarzbärtige Zoll-Speck vom Zentrum, der Silber-Arendt und der nationalliberale Bankier Weber aus Löbau ihre Streitrosse. Arendt sang wieder einmal das hohe Lied vom schönen Taler und Herr Kreth hielt zum erstenmal seit den grauesten Anfängen seiner parlamentarischen Tätigkeit eine Rede, in der weder ein Sozialistengesetz noch eine Schutzvorlage für die heilige Kuh gefordert wurde. Unter allgemeinem Aufatmen des durch Dauerreden gepeinigten Hauses schlug der Präsident Graf Stolberg, der sich augenscheinlich auch seinerseits sträflich gelangweilt hatte, schon vor 6 Uhr Vertagung vor. Am Donnerstag will man sich weiter über die Reichsbank und was damit zusammenhängt, unterhalten und gedenkt sodann noch Rechnungssachen zu erledigen. —

Nieder mit dem Achtstundentag!

Im Reichstag wurde, wie erinnerlich, vor einigen Tagen angeregt, daß die Arbeitszeit der Beamten im Reichsamt des Innern, die jetzt 6 bis 7 Stunden beträgt, auf **8 Stunden** erhöht werden solle, und diese Anregung fand den Beifall der Mehrheit, so sehr sich auch der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg gegen sie sträubte. Nun berichtet die „Germania", daß der Abg. Erzberger, der an der geplanten **Einführung des Achtstundentags** im Reichsamt des Innern starken Anteil hat, aus Beamtenkreisen Zuschriften erhalten habe, deren Inhalt „mehr als wüst" sein soll. Die Herren scheinen also durch den **drohenden Achtstundentag** in eine Aufregung geraten zu sein, die sich in nicht mehr ganz zulässigen Formen kundgibt.

Der Fall ist nicht ganz ohne Humor, wenn man bedenkt, daß es sich um Beamte des **Reichsamts des Innern** handelt, unsres Reichsministeriums für **Arbeiterschutz**, das die sozialpolitischen Vorlagen anzufertigen hat. **Hier** ist die Werkstatt, wo die Statistiken und Denkschriften ausgearbeitet werden, in denen nachgewiesen wird, daß für die Einführung des **gesetzlichen Normalarbeitstags von zehn Stunden** keine Notwendigkeit vorliegt, von **hier** fließt dem Staatssekretär das Material, mit dessen Hilfe er in wohldurchdachter, schön gesetzter Reichstagsrede die Unsinnigkeit der von sozialdemokratischen Agitatoren bloß zum Zwecke der Verhetzung erfundenen **Forderung des Achtstundentags** schlagend darlegt.

Man muß gestehen, daß die Abneigung der Herren Beamten gegen den Achtstundentag konsequent ist. Sowenig wie für die Arbeiter wollen sie ihn für sich selber. Und darum sind sie zwar bereit, in dicken Denkschriften die Schädlichkeit des Achtstundentags für die Industrie zu beweisen, erklären jedoch gleichzeitig, daß sie sich mit dieser nützlichen, nährenden und staatserhaltenden Arbeit um keinen Preis der Welt länger beschäftigen wollen als täglich — **sechs Stunden und neunundfünfzig Minuten**. —

Der agrarische Reichskanzler.

In Berlin hat die agrarische Woche begonnen. Der Landwirtschaftsrat, die Spitze der regierenden Großgrundbesitzer, macht den Anfang. Und wie immer schwirren die Minister an, um vor den Regierenden ihre Verbeugung zu machen. Und wie immer hielt der Reichskanzler eine Rede, in der er seinen bewährten Gehorsam beteuerte.

Die Junker nahmen die Worte Bülows bei trefflichem Mahl als selbstverständlichen Tribut zur Kenntnis. Und sie schmunzelten, als ihr Vertrauensmann von seinen Sorgen um die Reichsfinanzreform erzählte und mit Pathos erklärte, daß die „Landwirtschaft" bei der Lösung dieser wichtigen „nationalen Aufgabe" nicht feindlich beiseitestehen werde. Was sollte die flehentliche Gebärde bedeuten! Die Nachlaßsteuer ist gefallen, es geschieht, was die Agrarier wollen, und nichts weiter. Und wenn Bülow bei reich besetzter Tafel und perlendem Sekt noch so gerührte Reden über die Opferwilligkeit seiner agrarischen Gesinnungsgenossen hält.

Die Reichsfinanzreform muß gemacht werden. Gewiß, aber die — andern müssen zahlen, kommandieren die Agrarier. Und so wird's kommen. —

Der gottgesandte Landrat.

In einer Festsitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats, der auch Wilhelm 2. beiwohnte, sprach der **Wünschelrutenmann** Landrat von Uslar über seine südwestafrikanischen Abenteuer. Herr von Uslar, ein besonderer Schützling des Kaisers, ist nach wie vor davon überzeugt, daß er mit der Wünschelrute Wasser finden kann, und führt bescheidenerweise dieses schätzenswerte Talent auf eine besondere Gnade des lieben Gottes zurück. Er sagte:

> Es handelt sich um eine Gabe, die in höherm oder geringerm Maße manchen Menschen gegeben ist. Ich selbst betrachte sie als **mir von Gott gegeben**, und ich fühle mich verpflichtet, sie zum Wohle des Vaterlandes und der Menschen zu verwenden. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, dem **Rufe Seiner Majestät** zu folgen, unbekümmert um meine Familie und meine Person, um bei der Wassererschließung in Deutsch-Südwestafrika behilflich zu sein. Ist es mir gelungen, so habe ich weiter nichts getan, als das **mir von Gott anvertraute Pfund** verwendet. Ihm aber sei Dank, der zu dem Wollen das Gelingen gegeben hat.

Herr Dernburg, der dann zu Worte kam, mußte zu dem Vortrag dieses Wassermanns von Gottes Gnaden ein ganz ernstes Gesicht machen und ihm für die Kosten, die er dem Reiche verursacht hat, noch „besonders danken". Dann führte der Kolonialsekretär aus:

> Ich möchte bemerken, daß Ostafrika sich ausschließlich für Plantagenbau eignet. Da muß gerade die Industrie selbst eingreifen. Wenn wir eingreifen, so züchten wir nur Industrien auf, und anstatt zufriedene Leute, ziehen wir **unzufriedene** auf, und von diesen haben wir schon genug.

Hier nickte Wilhelm 2., wie Scherls „Lokal-Anzeiger" zu berichten weiß, lebhaft mit dem Kopfe. Nörgler müssen also wohl noch immer den deutschen Staub von den Füßen schütteln. Schwarzseher werden nicht geduldet. Der Kaiser, der im November und Dezember nicht ganz wohl gewesen sein soll, ist, wie man sieht, wieder gesund. —

Um die Grubenproletarier.

Mit der Eile, die ihm eigen, wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt, hat das fürtreffliche Dreiklassenhaus die erste Lesung des Gesetzes gegen die Bergarbeiter zu Ende geführt. Leitmotiv fast aller Redner, die noch zu Worte kamen, war das **Schürfen nach Bergarbeiterseelen**. Ist dies doch nach Delbrücks edelm Eingeständnis der wahre und einzige Zweck des Gesetzes. Zur Vorlage selbst sprach nur noch ein Pole, der dem Nationalpartikularismus zu breiten Raum in seinen Ausführungen gewährte, und der Freisinnige Wolff aus Lissa, einer jener Konzessionsschulzen, die die Hakatisten des Ostens den geringen liberalen Wahlmännerminoritäten jener Wahlkreise zuzubilligen pflegen. Die Wolffsche Rede war ein äußerst abgeschwächter Abguß Crügerscher Ausführungen.

Die Anträge des Zentrums und der Freikonservativen wurden dann noch der erste von dem reichlich unbekannten Herrn Bell, der zweite von dem um so bekannteren Oktavio von Zedlitz „begründet". Der erstere schalt kräftig auf unsern Fraktionsredner Leinert und der zweite ließ seinem **Haß gegen das Reichstagswahlrecht** und gegen jede Sozialpolitik alle Zügel schießen und stellte weitere Verschlechterungen der Vorlage in Aussicht, die alsdann an eine 28gliedrige Kommission wanderte.

Die geschlossene Debatte fand eine Art Fortsetzung in der nunmehr begonnenen zweiten Lesung des **Bergetats**. Der Konservative Kessel, einer jener unsympathischen bürgerlichen Handlanger der Junker hatte den Mut, nach einer vermehrten Mehrwertauspressung in den fiskalischen Gruben zu schreien. Selbstredend fehlte es dem Minister Delbrück durchaus nicht an Verständnis für den Schrei nach vermehrter staatlicher Ausnutzung der Bergarbeiter, deren angebliche **Faulheit** er der Verachtung der fleißigen Landtagsjunker preisgab. Solche konservative und ministerielle Wünsche erregten selbst im Zentrum Entrüstung, für welches der Abg. Sauermann sprach, der auch die Unverfrorenheit geißelte, mit der die Grubenverwaltungen die Bürgerrechte der Grubenarbeiter wegeskamotieren.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung gab es noch eine erregte **Geschäftsordnungsdebatte**. Genosse Hoffmann machte darauf aufmerksam, daß die dritte Lesung der Pfarrerbesoldungsvorlage nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, da die zweite noch gar nicht beendet sei. Der Debattenschluß sei völlig geschäftsordnungswidrig erfolgt. Selbstredend kümmerte sich die bürgerliche Mehrheit des Dreiklassenhauses um den Einspruch ebensowenig, wie um die Geschäftsordnung selbst. Sie setzte seelenruhig neben der Fortsetzung der Beratung des Berggesetzes die dritte Lesung der geschäftsordnungsmäßig in zweiter Lesung noch nicht angenommenen Pfarrerbesoldungsvorlage auf die Tagesordnung. —

Eine neue Auslegung.

Am 20. September v. J. sollte in Schönborn bei Breslau eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Der Amtsvorsteher Junker v. Gossow verweigerte die Genehmigung mit der Begründung, daß in der dortigen Bevölkerung gegen das Treiben der Sozialdemokratie eine erbitterte Stimmung herrsche, und daß er deshalb Ausschreitungen befürchte.

Der Einberufer der Versammlung, Genosse Parteisekretär **Scholich**, klagte gegen Gossow im Verwaltungsstreitverfahren und hat gestern Termin vor dem Kreisausschuß stattgefunden. Es wurden eine Anzahl Knechte und Tagelöhner des Amtsvorstehers sowie Ackerpächter und Gutsbesitzer als Zeugen vernommen, die bekundeten, daß sie auf die Sozialdemokratie nicht gut zu sprechen seien. — Der Kreisausschuß hat daraufhin für erwiesen erachtet, daß im Dorfe Schönborn gegen die Sozialdemokratie eine erbitterte Stimmung herrsche, die Ausschreitungen befürchten ließe, aus welchem Grunde die Klage kostenpflichtig abzuweisen sei. —

Billiges Geld.

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 die heraufziehende Krise sich ankündigte, begannen die Volkswirte der Börsenpresse das Sprüchlein herzusagen, daß die hohen Geldsätze die Unternehmungslust in der Industrie und im Handel hemmen, daß mit der Rückkehr normaler Geldverhältnisse die bedrohlichen Wetterzeichen am Wirtschaftshimmel verschwinden werden. Das Jahr 1907 schloß mit einem Diskontsatz von 7½ Prozent, die Krise hatte begonnen, unentwegt wurde die Börsenlehre weiter gepredigt, daß die Ermäßigung der Zinssätze für Leihgeld schnell die Wendung zur Besserung der Wirtschaftslage hervorrufen wird. So hat man es in früheren Krisenperioden geübt und blieb auch jetzt bei der alten und falschen Auffassung, an die man ernstlich selbst nicht glaubt, daß der hohe Geldstand Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs sei. Die hohen Geldsätze waren nicht die Ursache, sondern lediglich ein Symptom für die Wirtschaftskrise, sie meldeten eine starke Anspannung und die darauf folgende Reaktion an.

Das Jahr 1908 brachte in schneller Folge wieder normale Geldsätze, am 13. Januar wurde der Diskont auf 6½, am 25. Januar auf 6 Prozent, am 7. März auf 5½ Prozent, am 27. April auf 5 Prozent, am 4. Juni auf 4½ Prozent und am 18. Juni auf 4 Prozent herabgesetzt. Seit 8 Monaten ist also ein offizieller Geldsatz von 4 Prozent in Geltung gewesen, am offenen Geldmarkt waren in dieser Zeit die denkbar billigsten Zinssätze vorherrschend, die Konjunktur ist in derselben Zeit ständig schlechter geworden. Jetzt hat **die Reichsbank ihre Wechselrate von 4 Prozent auf 3½ Prozent herabgesetzt**. Bis auf den Februar des Jahres 1905 muß zurückgegangen werden, um auf diesen Satz zu stoßen. Unter dem Einfluß der irrigen Meinung, daß das teure Geld die Krise verursacht habe, standen auch vielfach die Bestrebungen, durch eine Aenderung des Reichsbankgesetzes die hohen Diskontsätze und ihre vermeintlichen Folgen in Zukunft zu verhindern. Das kürzlich erschienene Bankgesetz wird, wenn es nach dem Vorschlag der Regierung angenommen sein wird, solche Wirkungen nie ausüben können. Die vorgesehene Erhöhung der Reserven der Reichsbank und die Erhöhung des Notenkontingents können sehr wohl gutgeheißen werden, doch die Erwartung, daß dadurch einer starken Erhöhung des Zinsfußes in Zeiten lebhafter Geldansprüche vorgebeugt werden kann, wird enttäuscht werden. Aber selbst wenn die Gestaltung der Zinssätze besser gemeistert werden kann, werden Krisen weder verhindert noch nennenswert gemildert werden können. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 42. Magdeburg, Freitag den 19. Februar 1909. 20. Jahrgang.

Die Altmark unter Wasser.

R. Seehausen, 17. Februar.

(Von unserm Sonderberichterstatter.)

Bis kurz vor Osterburg deutete nichts darauf hin, daß große Teile der Altmark von den ausgetretenen Wassern der Elbe überschwemmt sind. Dann aber sieht man durch die Kiefernwälder weite Flächen, die in der Sonne glänzen und glitzern. Wie Oasen ragen hochgelegene Waldparzellen aus der Wasserwüste hervor und die Lage erscheint mehr friedlich, als gefährlich. Wie wenig harmlos die Dinge aber sind, zeigt der Umstand, daß der Zug sein schon nicht allzu schnelles Tempo noch mäßigen mußte. Der Bahndamm ist der Schutzwall, der Osterburg vor der Ueberflutung schützt.

In Seehausen ist die Lage für die tiefer gelegenen Grundstücke ernst. Der Aland, ein sonst seichtes Bächlein, das an der nach der Elbe zu gerichteten Seite von Seehausen vorbeifließt, ist zum reißenden Strome geworden, der seine stetig steigenden Fluten an der Stadt vorbeiwälzt und an den Gärten der Lazarettstraße nagt und sich höher und höher frißt. Die Gärten über den Aland hinaus stehen bereits tief unter Wasser, einige Gehöfte sind vollständig geräumt. Die Tore der Scheunen und Ställe stehen offen, die Bewohner sind mit aller beweglichen Habe und dem Vieh in höher gelegene Gehöfte geflüchtet. In den Gärten werden die Kartoffelmieten geräumt. In dem Gasthof, in dem ich wohne, ist das Kleinvieh auf den Hausboden in Sicherheit gebracht, die Keller geräumt, Hof, Garten und Stallung stehen unter Wasser. So wie hier ist es in vielen Grundstücken. Die Stadt erscholl nachmittags vom Geschrei der Schweine, die an Ohren und Schwanz in die Wagen gehoben werden.

Heute morgen noch glaubte man nicht recht, daß das Wasser so steigen würde. Der Regierungspräsident und der Kronprinz konnten vormittags noch auf trockner Chaussee nach Werben fahren, nachmittags um 5 Uhr war die 19 Kilometer breite Fläche zwischen Seehausen und Werben ein gewaltiger See. Die beiden Herren mußten von Pionieren im Ponton ans sichere Gestade gebracht werden. Vom Gute Neukirchen zwischen Werben und Seehausen kamen in langem Zuge die Wagen mit gerettetem Vieh, die Pferde wateten bis zum Bauche im Wasser.

In dem Städtchen ist natürlich der „Teufel" los. Automobile tuten durch die Straßen, Truppenkommandos marschieren, Pioniere, feldmarschmäßig ausgerüstet, ziehen Wagen mit Pontons an die gefährdeten Stellen. Alle Gasthöfe sind überfüllt mit Soldaten, Offizieren, Regierungsbeamten. Der Schaden, den die Landwirtschaft erleidet, ist groß, die Wintersaaten sind vernichtet, sehr viel Vieh ist ertrunken, weil die Landwirte an die Gefahr nicht glaubten und zu spät eingriffen. Man ist in ängstlicher Erwartung, was die Nacht bringen wird und ob morgen die „Einkreisung" Seehausens vollendet ist. Soeben erfahre ich noch, daß bei Osterburg der Bahndamm gerissen und der Verkehr unterbrochen ist. Ob dieser Brief also am Donnerstag zur rechten Zeit ankommen wird, weiß ich nicht. — (Er ist angekommen, wie der Abdruck zeigt!) —

* * *

R. Seehausen (Altmark), 18. Februar. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Das Wasser ist in der Nacht zum Stillstand gekommen; es ist überall mit einer 2 Zoll starken Eisschicht bedeckt. Pioniere und Infanterie bringen auf Pontons Lebensmittel in die überschwemmten Dörfer und Einzelgehöfte. Die Rettungsarbeit wird durch das Eis sehr erschwert, weil die Kähne und Pontons sich erst den Weg durch die Eisschollen bahnen müssen. Jetzt steigt das Wasser wieder langsam.

Immer noch kommen Flüchtlinge von den Gütern, meistens Arbeiter, die nur das nackte Leben gerettet haben. Einige Bettstücke bringen die Aermsten wenigstens mit

In Seehausen steht das Bahnhofsgebäude unter Wasser. An der Osterburger Chaussee sind zehn Häuser wegen Eindringens von Wasser geräumt worden. An der Straße nach Wittenberge räumen die Leute die Wohnungen aus Furcht vor den Fluten, die möglicherweise auch dorthin kommen können. Die Bahnverbindung nach Osterburg ist noch immer nicht im Betrieb. Auch die Strecke nach Wittenberge ist für den Zugverkehr gesperrt worden. Ganz Seehausen ist von Wasser umgeben. —

* * *

Ueber die Ueberschwemmungen liegen weiter folgende Nachrichten vor:

Seehausen gleicht einem wilden Heereslager. Auf dem geräumigen Platze neben dem alten Ratskeller stehen die großen Militärleiterwagen, auf denen die eisernen Pontons verladen wurden. Ueber und über von der schweren Arbeit mit Schmutz bedeckte Pioniere, Husaren, Infanteristen, Seehäuser Einwohner, Landleute aus der Nachbarschaft und zahlreiche Fremde aus allen Orten der Mark laufen geschäftig hin und her, um Arbeit zu verrichten und Hilfe zu leisten. In der Ferne hört man das unheimliche Brausen des anstürmenden Wassers und das Sturmläuten der in Not befindlichen Dörfer. Seehausen schwebt in großer Gefahr. Die Vorflut bespült bereits die kleinen einstöckigen Häuser der Straßen, die an der Peripherie des Städtchens liegen. Das Kreisamt, das Postamt, das Rathaus und das Amtsgericht haben ihre Wertsachen aus den Kellern hervorgeholt und nach den höher gelegenen Stockwerken in Sicherheit gebracht. Sehr besorgt ist man um das Gas- und Elektrizitätswerk; noch wenige Zentimeter Wachstum der Flut, und die Stadt ist für lange Zeit ohne Licht. Die Feuerwehren haben bereits Dutzende von Fackeln trocken gelegt, und die Einwohner versorgen sich reichlich mit Petroleum. —

Wittenberge, 18. Februar. Aus dem Ueberschwemmungsgebiet sind keinerlei telephonische oder telegraphische Meldungen mehr zu erhalten, da sämtliche Telegraphenleitungen durch das Hochwasser zerstört sind. Der Eisenbahnverkehr auf der Hauptstrecke Stendal—Wittenberge mußte um ½6 Uhr abends völlig eingestellt werden, da zwischen Seehausen und Osterburg der Bahndamm unterspült ist. Von Wittenberge verkehren die Züge nur bis Seehausen und zurück. Die Deiche im Hochwassergebiet sind inzwischen sehr weich geworden. Der Ort Eichhof bei Geestgottberg erbat und erhielt Hilfe von Wittenberge. Es herrscht augenblicklich wieder sehr große Gefahr für die Wische. Die Bruchstelle bei Berge erweitert sich beständig. Jedenfalls werden jetzt auch noch Osterburg und Seehausen Wasserflut bekommen, da die Elbe das alte Strombett nicht benutzt.

Nach Beuster sind vom Pionier-Bataillon von Rauch in Spandau gestern mehrere Abteilungen in das Ueberschwemmungsgebiet zur Hilfe entsandt worden. Die Mannschaften wurden mit Pontons und Gerätschaften auf dem Spandauer Güterbahnhof verladen. —

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung.

Berlin, 17. Februar, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Von Bethmann-Hollweg.

Der zur zweiten Beratung stehende Gesetzentwurf über die **Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte** will als Armenunterstützung nicht angesehen haben 1. Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützung zwecks Erziehung oder beruflicher Ausbildung, 4. vereinzelte Leistungen bei augenblicklicher Notlage, 5. erstattete Unterstützung. Die Kommission beantragt, unter 3 noch einzuschalten „zum Zwecke der Jugendfürsorge", und den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die einzuführenden Grundsätze auch in den Bundesstaaten Geltung erlangen.

Die Sozialdemokraten beantragen, einen einheitlichen Rechtszustand für alle Bundesstaaten zu schaffen und ferner, der Ziffer 4 folgende Fassung zu geben: 4. Für sonstige Unterstützungen, wenn sie zur Hebung vorübergehender Notlage gewährt sind.

Abg. Siebenbürger (kons.): Wir lehnen die beiden sozialdemokratischen Anträge ab. Der Begriff des Vorübergehenden ist schwankend, und einen Eingriff in die einzelstaatliche Gesetzgebung machen wir nicht mit.

Abg. Brühne (Soz.): Ein einheitlicher Rechtszustand ist eine unbedingte Notwendigkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Vertreter von Bayern und Sachsen haben zwar die Anpassung ihrer Landesgesetzgebung in Aussicht gestellt, aber ich fürchte, daß es damit seine Schwierigkeiten haben wird.

Die in Nr. 4 vorgesehene Begrenzung der augenblicklichen Notlage halten wir für viel zu eng. Das beste wäre es in der Tat, wenn dieser Absatz die von uns vorgeschlagene Fassung erhielte. In Berlin haben wir jetzt über 100 000 Arbeitslose. Alle diese würden, wenn sie Unterstützung in Anspruch nehmen müssen, bei der von der Kommission beschlossenen Fassung nach wie vor der Armenpflege verfallen, während doch gerade solche Unterstützung nicht unter den Begriff der Armenunterstützung fallen sollte. Nach unserm Antrag dagegen, der statt augenblickliche Notlage vorübergehende Notlage setzt, würden die Zehn- und Hunderttausende, die bei einer Krise unverschuldet in Not geraten, unterstützt werden können, ohne daß die Unterstützung als Armenunterstützung gilt. (Bravo! b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Wermuth: Es ist ausgeschlossen, daß die von den Sozialdemokraten beantragte Aenderung die Zustimmung des Bundesrats erhält. Der zweite Antrag ist auf einen schwankenden Begriff aufgebaut.

Abg. Dr. Mayer (Kaufbeuren, Ztr.): Die beantragte Kompetenzerweiterung des Reichstags macht meine Fraktion nicht mit. Wir stimmen auch gegen die Kommissionsresolution aus demselben Grunde.

Abg. Everling (natl.): Ich bitte, die Resolution, die von der Kommission einstimmig angenommen ist, auch hier anzunehmen. Den zweiten Antrag der Sozialdemokraten lehnen wir ab, weil „vorübergehend" kein gesetzlich brauchbarer Begriff ist. (Zurufe b. d. Soz.) Herr Stadthagen, es gibt Leute, welche glauben, auch die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung, aber Sie sehen ja, wie lange sie uns schon beschäftigt. (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Böhle (Soz.): Der Wunsch des Herrn Abgeordneten Everling, die Sozialdemokratie möge eine vorübergehende Erscheinung in diesem Hause sein, wird nicht in Erfüllung gehen. Wenn wir auch anerkennen, daß der Entwurf einen gewissen Fortschritt bringt, so müssen wir doch unsern Standpunkt zur Geltung bringen. Den Hinweis der Regierung, daß das Gesetz bei Annahme unsers Antrags scheitert, kennen wir ja von früher. Ich will nicht näher darauf eingehen, auf welch tiefes Niveau der Reichstag durch diese Taktik herabgedrückt wird. (Sehr

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Sonnemanns.

Roman von Heinz Tovote.

(27. Fortsetzung.)

Das Mädchen hatte keine Lust zu der Stellung nach allem was sie da hörte, aber Frau Sonnemann ließ sie gar nicht zu Worte kommen:

„Das ergibt sich ja alles von selbst, gnädje Frau, die Hauptsache ist, daß man Vertrauen zueinander hat, und das können gnädje Frau haben. Und da denke ich, das Fräulein kommt Ihnen auch entgegen, und Sie einigen sich auf fünfundachtzig Taler."

Diese fünfundachtzig taten es dem Mädchen an, das bisher nicht neunzig, sondern nur fünfundsiebzig gehabt hatte, und nach einigem Hin- und Herreden, wobei Frau Sonnemann fast allein das Wort führte, und jede Frage eiligst in bejahendem Sinne beantwortete, sagte die junge Frau:

„Ja, dann will ich es mal mit Ihnen versuchen. Sie gefallen mir sonst ganz gut. Aber das sage ich Ihnen gleich, Zulage gebe ich Ihnen in der ersten Zeit nicht. Daß Sie mir nicht etwa nach zwei oder drei Monaten schon damit kommen, nun möchten Sie etwa neunzig haben."

„Aber, gnädje Frau, so ist das Fräulein doch nicht. Die ist ja so bescheiden. — Nein, gewiß nicht, da können sich gnädje Frau ganz drauf verlassen, das geschieht nicht. So, wenn gnädje Frau mir nun hier Ihren Namen und die Wohnung einschreiben möchten, hier in dies Buch. Das ist jetzt Vorschrift. Ich stelle gnädjer Frau dann einen Zettel aus."

Mit einigen Schwierigkeiten malte sie nun Namen, Lohn und Kündigungsfrist, unterschrieb und stempelte den Schein.

Das war auch geschehen; und nun fragte die Dame, was sie schuldig sei, und auf ihr Erstaunen sagte Frau Sonnemann:

„Ja, gnädje Frau, das ist jetzt die Taxe bei fünfundachtzig, darunter darf keine von uns gehen. Dafür haben gnädje Frau aber auch was für die Dauer. Was nützt das, wenn ich man bloß drei Mark rechne und gnädje Frau in vierzehn Tagen sich schon wieder nach was anderm umsehen müssen?"

Widerstrebend bezahlte die junge Frau und nahm das Dienstbuch an sich, nachdem sie dem Mädchen den Miettaler gegeben.

Ob die Mutter nun diesmal wohl zufrieden war, die immer was auszusetzen hatte? dachte die junge Frau. Nach allem, was Frau Sonnemann heute gesagt hatte, mußte sie es gut getroffen haben. Ganz sympathisch sah das Mädchen ja aus. Vielleicht war es diesmal was.

Und sich selbst beruhigend stieg sie die Kellerstufen wieder hinauf, froh, daß die unangenehme Sache hinter ihr lag.

Frau Sonnemann hatte inzwischen den Taler von dem Mädchen bekommen und sagte jetzt:

„Wissen Sie, Fräulein, da haben Sie so im Handumdrehn eine Stelle und durch mich sogar zehn Taler mehr, da müssen Sie aber noch was draufiegen — das ist doch seine fünf Mark wert. Wenn Sie wüßten, was wir für Auslagen haben, und nun gar die Steuern. Seien Sie nicht so, und legen noch zwei Mark zu."

„Aber Frau Sonnemann, ich bin doch man ein armes Mädchen."

„Sie kriegen doch noch fünf Taler mehr als Sie wollten, ohne daß Sie daran gedacht haben."

Nach kurzem Kampfe bezahlte sie ihre fünf Mark und ging, innerlich wütend, daß sie nun doch nicht die Stelle bei dem Offizier kriegte, auf die sie sich so gespitzt hatte. Zu gern wäre sie mal in einem Hause gewesen, wo es ganz militärisch zuging. Wenn das Essen allerdings so schlecht war, wie Frau Sonnemann sagte, war es am Ende doch so besser. Damit tröstete sie sich, während Frau Sonnemann die Einnahmen von beiden Parteien einsteckte, die sich da zufällig getroffen hatten und die sie geschickt zueinander gebracht hatte.

Sie war jedenfalls der Teil, der bei der ganzen Sachlage immer nur gewinnen konnte. Wenn es mit dem Dienste nichts war und die beiden wieder auseinandergingen, dann blühte ihr binnen kurzem wieder ein neuer Gewinn.

*

Die Reisezeit war vorüber, die Familien kamen aus den Bädern, und all die Mädchen, die inzwischen entlassen waren und daheim bei den Eltern sich abgequält hatten, stellten sich wieder ein und waren froh, wenn sie irgendwo unterkamen und nicht erst tagelang ihr gutes Geld in Mädchenheimen oder bei Schlafstellenvermieterinnen zu lassen brauchten.

Das Geschäft blühte; alle Stühle waren von fünf Uhr nachmittags an besetzt, und die Damen, die eben erst von der Reise in die unaufgeräumte Wohnung kamen, griffen rasch zu, ohne lange zu mäkeln. Wenn das Mädchen nicht einschlug, nahm man sich in vier Wochen eine andre. —

Eine junge Frau saß da nun schon den dritten Tag, und keine wollte zu ihr.

Frau Sonnemann wandte sich an ein neu zugekommenes Mädchen und fragte:

„Sie möchten doch gern zu Kindern. Ich habe eine Stelle für Sie, vier Kinder."

„Um Jottes willen, nee, jleich viere? — Ick danke!" —

Und die andern Mädchen alle feixten und schüttelten die Köpfe. Sie dachten gar nicht daran. Am liebsten, wo gar keine Kinder waren.

Die Frau wandte sich an ihre Nachbarin und sagte:

„Es will keine zu mir gehen, ich suche nun schon acht Tage. Es sind so reizende und artige Kinder, aber keine will. Ich kann doch meine Kinder nicht umbringen?"

„Meine sind groß und drei schon aus dem Hause. Ich habe immer Mädchen gefunden."

„Das muß sich ganz geändert haben. Ich glaube, ich kriege keine, und ich will dabei schon gern neunzig Taler geben. Zu tun ist ja, — aber ich helfe doch den ganzen Tag. Es geht ja sogar mit einer Aufwärterin. So viel haben wir nicht, daß ich mir extra ein Kindermädchen halten kann: nur ein kleines Mädchen für den Nachmittag, das das jüngste ausfährt und die größeren mitnimmt. Ich bin schon ganz verzweifelt, und meinem Manne mag ich gar nicht unter die Augen kommen, wenn es heut' wieder nichts ist. Sie glauben gar nicht, wie schrecklich das ist. Ich sitze alle Abend und weine. Gestern hätte ich beinahe eine gemietet, da fragt sie mich zum Schlusse, ob wir auch Telephon haben? Nein, sage ich, weshalb? „Meine Verwandten sind das so gewohnt, mich anzuklingeln," gibt sie mir zur Antwort. „Ich gehe nur, wo Telephon ist!" Wir haben doch nun mal keins, und ich kann mir doch wegen dem Mädchen nicht extra Telephon anschaffen."

Frau Sonnemann mischte sich ein und winkte ihr.

Mit einem hoffnungsvollen Gesicht folgte sie ihr, vielleicht fand sie doch noch was.

(Fortsetzung folgt.)

richtig! b. d. Soz.) Aber es wirkt komisch, wenn immer verlangt wird, der Reichstag solle lediglich den Entwürfen des Bundesrats zustimmen und keinen eignen Willen haben. Verfassungsrechtliche Bedenken stehen unserm Antrag nicht im Wege, denn der jetzige Entwurf ist eine Ergänzung zum Armengesetz, das ebenfalls Reichsgesetz ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Resolution der Kommission verpflichtet den Reichskanzler zu nichts, und deshalb ist es besser, unsern Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Freis. Vg.): Der sozialdemokratische Antrag zu Ziffer 4 ist nicht zu empfehlen. Dagegen sind die Einwände gegen den ersten Antrag der Sozialdemokraten nicht stichhaltig, denn das Reich hat die Grenzen der Kompetenz selbst zu bestimmen. Um das Gesetz zustande zu bringen, werden wir trotzdem diesen Antrag ablehnen.

Nachdem Unterstaatssekretär Wermuth noch einmal vor einer Verfassungsänderung, wie sie der Antrag Albrecht involviere, gewarnt hat, wird der Antrag in beiden Teilen abgelehnt und der Gesetzentwurf in der Kommissionsfassung angenommen. Die Kommissionsresolution wird gegen die Stimmen des Zentrums und der beiden konservativen Parteien angenommen.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung wird auf Antrag Bassermann abgesetzt und einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die

erste Lesung des Bankgesetzes.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Entwurf läßt die Grundlage unsres Bankwesens, die Goldwährung und die Reichsbank unangetastet, ja er baut sie sogar aus. Er erhöht die Mittel der Reichsbank und gibt den Reichsbanknoten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Da er zugleich die Verpflichtung der Reichsbank zum Umtausch der Noten in Gold vorsieht, sind alle etwaigen Befürchtungen gegenstandslos. Hoffentlich wird das Gesetz schon am 1. April dieses Jahres seine segensreichen Wirkungen entfalten können.

Abg. Kreth (kons.) klagt über die exorbitante Höhe des deutschen Diskonts, verbreitet sich über die verheerende Wirkung der Krise unter dem Mittelstand und der Landwirtschaft und beantragt die Ueberweisung an eine Kommission.

Abg. Speck (Ztr.) äußert seine Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichsbank und sein Einverständnis mit den Vorschlägen, schließt sich dem Wunsche nach Kommissionsüberweisung an.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) tritt für die Verstaatlichung der Reichsbank ein, die nachher auch nicht bureaukratischer verwaltet werden könne, als es bisher geschehen ist. (Na na! b. d. Freis.) Der Widerstand des Publikums gegen die kleinen Kassenscheine beruhe auf ihrer Häßlichkeit. Weg damit, wir haben ja den Taler wieder. (Heiterkeit.) Redner rühmt noch den Reichsbankpräsidenten gegenüber seinem Vorgänger.

Abg. Dr. Weber (natl.) ist über den frühern Reichsbankpräsidenten Koch und die Verstaatlichung der Reichsbank der entgegengesetzten Ansicht und spricht seine Genugtuung aus, daß die Vorlage an den Grundlagen unsres Bankwesens nichts ändern soll.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Bankgesetzes, dann Rechnungssachen.)

Schluß 6 Uhr. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg (Jugendgerichtshof).

Sitzung vom 17. Februar 1909.

Auf schiefer Ebene. Der Knecht Max Sch., geboren 1891, stahl am 23. April 1908 einem Handelsmann zu Genthin ein Fahrrad und in der Nacht zum 11. November einem Mitknecht zu Drenkow eine Uhr sowie einen Geldbeutel mit 46.05 Mark. Das Geld und die Sachen wurden dem Angeklagten später wieder abgenommen. Ihn trifft, da wiederholter Rückfall vorliegt und die Fürsorge-Erziehung vergeblich gewesen ist, 1 Jahr Gefängnis. —

Teuer bezahlt. Am 4. Januar d. J. nachmittags wurde eine junge Frau auf dem Wege zwischen Langenweddingen und Sülldorf von einem jugendlichen Arbeiter überfallen und in roher, unsittlicher Weise angegriffen. Als mutmaßlicher Täter wurde der Arbeiter Johannes L., geboren 1891, festgenommen. Die Verhandlung fand in nichtöffentlicher Sitzung statt. Der Angeklagte wurde schuldig befunden und wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Diebstahl. Das Dienstmädchen Anna B., geboren 1891, öffnete im September 1908 in der Wohnung der hiesigen Dienstherrschaft, als die Frau gestorben war, einen Kleiderschrank und stahl daraus ein Kleid, eine Taille und eine Tasche. Die Angeklagte erhielt deswegen 1 Woche Gefängnis. —

Diebereien. Die Ochsenknechte Stanislaus K., geboren 1892, und Eduard K., geboren 1893, sowie der Pferdeknecht Johann K., geboren 1890, versuchten in der Nacht zum 14. November 1908 einen Einbruchsdiebstahl bei einem Materialwarenhändler, wurden aber gestört und flüchteten. Am 4. Dezember stahlen Stanislaus K. und Eduard K. aus der Knechtstube des Domänenguts einen offenen Koffer und zwei verschlossene Koffer, die sie erbrachen. Dann eigneten sie sich daraus Kleidungsstücke und bar 2.03 Mark zu. Die Kammer verurteilte Stanislaus K. zu 4 Wochen, Eduard K. zu 5 Wochen und Johann K. zu 1 Monat Gefängnis. —

Der zahme Rabe. Der Lehrling Walter E., geboren 1893, griff sich am 24. Oktober 1908 nachmittags einen zahmen Raben und nahm ihn in einem Rucksack mit nach Hause. Die Annahme, der Dieb sei eingestiegen, fand nicht eine sichere Bestätigung. Der Angeklagte konnte auch des einfachen Diebstahls nicht überführt werden, weil seine Angabe, er habe den Raben für herrenlos gehalten, nicht widerlegt werden konnte; es erfolgte daher Freisprechung. —

Diebstahl. Das Dienstmädchen Frida B., geboren 1893, soll ihrem Dienstherrn am 21. Oktober 1908 aus dem Laden etwa ½ Pfund [illegible] und am 28. Oktober aus der Ladenkasse 3.50 Mark gestohlen haben. Ferner soll sie am 1. November versucht haben, einen Schrank und die Ladenkasse zu erbrechen, um Geld zu stehlen. Die Angeklagte wurde schuldig befunden und wegen der Uebertretung zu einem Verweis, wegen vollendeten einfachen und versuchten schweren Diebstahls zu 1 Monat 3 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Erfolgreiche Berufung. Der Bäckergeselle Richard H., geboren 1891, erhielt vom Schöffengericht am 21. Dezember 1908 wegen Diebstahls in fünf Fällen 1 Monat Gefängnis. Die Berufungskammer erachtete nur drei Diebstahlsfälle für erwiesen, hob deshalb das Urteil auf und erkannte auf 1 Woche Gefängnis.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 17. Februar 1909.

Ein teurer Hase. Vom Schöffengericht in Aschersleben ist der Arbeiter Hermann Otto aus Aschersleben, der bei einer Treibjagd im November vor. Jahres einen frisch geschossenen Hasen entwendete, welcher ihm dann von einem Jagdaufseher wieder abgenommen wurde, wegen Jagdvergehens mit 14 Tagen Gefängnis bestraft worden. Das Berufungsgericht hält 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Haft für angemessen. —

Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt werden dem Fabrikarbeiter Karl Göllner aus Egeln zur Last gelegt. Im Dezember 1908 hat der Angeklagte in einigen Gastwirtschaften in Egeln seine Zeche nicht bezahlt. Ferner hat er aus einem Gelände mittels Einsteigens Zigarren, Zigaretten und aus einem Schaukasten Krawatten sowie verschiedene andre Sachen im Gesamtwert von 70 Mark entwendet. Der Sachbeschädigung hat er sich bei seinem erfolgten Ausbruch aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Egeln schuldig gemacht. Außerdem hat er sich seiner Verhaftung widersetzt. Der Angeklagte erhält für die begangenen Straftaten 7 Monate Gefängnis. —

Urkundenfälschung. Die Buchhalterin Anna Rüdiger aus Kassel war im Jahre 1907 bei dem Kaufmann Schraube hier beschäftigt und hat in mehreren Fällen die von den Verkäuferinnen zur Kontrolle an die Kasse abgegebenen Bons geändert. Die Angeklagte gibt an, die Abänderungen nur vorgenommen zu haben, um die Kasse in Richtigkeit zu bringen und die vorhandenen Mankos zu verdecken. Außerdem hat sie auch entsprechende Aenderungen im Kassenbuch gemacht. Der Gerichtshof nimmt an, daß die Angeklagte sich keinen Vermögensvorteil verschafft hat. Da aber die Fälschungen in rechtswidriger Absicht erfolgt sind und die Bons als Urkunden betrachtet werden müssen, wird wegen einfacher Urkundenfälschung, unter Zubilligung mildernder Umstände, auf 2 Wochen Gefängnis erkannt. —

Ein Reichsverbandsobmann als Räuberhauptmann. Im Hildesheimer Gefängnis in Untersuchungshaft sitzt bekanntlich schon seit Mai v. J. das schätzenswerte Mitglied des Reichsverbandes, Herr Papenberg, der als Obmann des Reichsverbandes für die Nordstadt Hannover noch während der letzten Landtagswahl in Hannover und Linden förmlich aufging im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, soweit ihm seine umfangreiche Räuber- und Einbrechertätigkeit, die sich so ziemlich über halb Europa erstreckte, Zeit dazu ließ. Da sein Gewerbe sehr einträglich war, konnte er sich den Kampf für die „Heiligkeit der Ehe und des Eigentums“, auf die er selbst höhnisch pfiff, unter dankbarer Anerkennung der Oberleitung des Reichsverbandes auch einen schönen Batzen Geld kosten lassen. War der Postmarkendiebstahl in Burgdorf just vor der Wahlagitation doch besonders ergiebig gewesen. Leider hat die Staatsgewalt mit rauher Hand den ehrenwerten Herrn Papenberg mitten aus seiner patriotischen Arbeit herausgerissen, indem sie ihm wegen seines sozusagen kleptomanischen Sammeleifers einen festen Wohnsitz im Gefängnis anwies mit der Aussicht, ihn dauernd an sich zu fesseln. Gegenwärtig genießt Hildesheim die Ehre der Anwesenheit des Idealpatrioten. Inzwischen hat sich ergeben, daß zahlreiche Einbrüche in allen möglichen Gegenden auf das Konto Papenbergs und seiner Mitarbeiter kommen, außer dem Einbruch ins Postgebäude zu Burgdorf die Diebstähle der Platinkessel in den Hüttenwerken zu Oker und Freiberg i. S. Wegen des letztern Diebstahls ist ein Mitangeklagter namens Liegkfeldt vor kurzem zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden und hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach hat die Diebesbande nicht weniger als 25 schwere Einbruchsdiebstähle ausgeführt, wobei ihnen Beute im Betrag von über 100 000 Mark in die Hände gefallen sein soll. Nach dem Geständnis Liegkfeldts ist auch der Diebstahl der Orden im Welfenmuseum zu Herrenhausen, der seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregte, das Werk dieses Reichsverbändlers. Immer neue Fälle ergeben sich und noch ist die Untersuchung nicht abgeschlossen. Die einzelnen Straftaten werden die verschiedensten Gerichte in Deutschland beschäftigen und die Verhandlungen dürften noch manche interessante Dinge über die vielseitige Tätigkeit des sympathischen Herrn ergeben, dessen Zurückziehung vom politischen Leben für den Reichsverband einen schwer beklagten Verlust bedeutete. —

Kleine Chronik.

Die Messerstecher in Berlin.

Am Mittwoch nachmittag und abend sind wiederum vier neue Angriffe gegen Frauen und Mädchen aus Groß-Berlin zu melden. In allen Fällen gelang es den Tätern zu entkommen. In einem Falle wagte sich der Messerstecher sogar in das Gebäude einer Polizeihauptmannschaft und griff im Treppenhaus ein Mädchen an. Glücklicherweise sind die Ueberfallenen nur leicht verletzt. —

Zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht zu Nordhausen verurteilte Mittwoch nachmittag nach zweitägiger Verhandlung den Dienstknecht Joseph Heimerode zu Rengelrode wegen Ermordung der beiden Kinder seines Dienstherrn, an denen er nach dem Morde noch Sittlichkeitsverbrechen im Sinne des § 175 des Reichsstrafgesetzbuchs begangen hatte, zum Tode. Der Angeklagte gab in der Verhandlung zu, die Tat mit voller Ueberlegung und aus Rache dafür ausgeführt zu haben, weil er vom Vater der Kinder gescholten worden sei. —

Mehr als 100 Bergleute verbrannt.

Die gestern von uns gemeldete Grubenexplosion in West-Stanley (Durham, England) hat mehr als hundert Bergarbeitern das Leben gekostet. Von 153 eingeschlossenen Bergleuten wurden bisher 37 gerettet. 116 sind noch in der Grube begraben. Die Retter haben bereits Dutzende von Leichen liegen sehen. Viele davon sind schrecklich verstümmelt. Als die Retter den Stockwellschacht erreichten, in dem die Explosion stattfand, fanden sie weder Lebende noch Tote darin. Das Schicksal der Eingeschlossenen ist daher noch ungewiß. Einer der Gänge, der Brockwellgang, ist noch nicht erreicht worden, und man weiß nicht, wie viele darin sind; man hofft noch auf Rettung weiterer Lebender, da die Ventilatoren unversehrt arbeiten und die Grube nicht brennt. Die Retter arbeiten unter großen Schwierigkeiten, weil der Aufstiegschacht zerstört und der Abstiegschacht nur teilweise brauchbar ist. Viele Heldentaten wurden verrichtet; die Männer schleppten zwei Knaben mit sich durch die Trümmer, bis sie in ihren Armen starben.

Die Geretteten sind meist schwer verletzt und stark erschöpft. Viele trugen furchtbare Brandwunden davon. Große Mengen von Verwandten und Freunden der Opfer umringten den Schachteingang die ganze Nacht und herzzerreißende Szenen spielten sich unter ihnen ab.

Der zusammengebrochene Schacht ist der tiefste im ganzen Durhambezirk, da er bei 240 Metern unter der Erdoberfläche erst den Grund erreicht. Als die Explosion erfolgte, war eine Schicht, die aus ungefähr 90 Männern und 47 Jungen besteht, gerade dabei, die Grube zu verlassen.

Die Ursache des Unglücks ist nicht bekannt und dürfte niemals mit Sicherheit festgestellt werden. Man weiß nur, daß plötzlich Flammen die Schächte hinauf bis 40 Meter hoch schossen. Gleichzeitig erfolgte die Explosion; die Detonation wurde in der ganzen Umgebung meilenweit gehört. Die Gewalt der Explosion erschütterte Gebäude und die Erde wie ein Erdbeben. —

Weitere Erdbeben.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Smyrna erfolgte am Mittwoch früh 5 Uhr dort und in der Umgegend ein heftiges Erdbeben. In Phocea und Menemen sind mehrere Häuser eingestürzt. Verluste an Menschenleben werden bisher nicht gemeldet.

In ganz Portorico wurden am Mittwoch schwere Erdstöße von 20 Sekunden Dauer verspürt. Der Bewohner bemächtigte sich eine große Aufregung. —

Erdbeben in Persien.

Jetzt endlich liegen authentische Nachrichten über den Herd der im Januar von den Seismographen verzeichneten heftigen Erderschütterungen vor, über die man bis dahin nur Vermutungen hegte. Nach berichtet bei der persischen Regierung eingegangenen Meldungen hat sich am 23. Januar in der Gegend von Burudschird und Selahor in der Provinz Luristan ein äußerst heftiges Erdbeben ereignet. Trotz spärlicher Bevölkerung sind doch 60 Ortschaften teilweise oder vollständig zerstört, einige sogar einfach von der Erde verschlungen worden. 5000 bis 6000 Menschen sollen ums Leben gekommen sein. Die von allen Mitteln entblößten Ueberlebenden sind nach Burudschird geflüchtet und bitten die Regierung um Hilfe. —

Vermischte Nachrichten.

* **Fische als Verbreiter von Seuchen.** In der „Societé Biologique“ teilen Remlinger und Nouri ihre Beobachtungen mit, die sie zur Klärung der Frage angestellt haben, ob Fische als Verbreiter von Cholera- und Typhuskeimen in Frage kommen oder nicht. Sie setzten einige der schön gefärbten Goldkarpfen eine Zeitlang in Aquarien, deren Wasser mit den genannten Bazillen künstlich infiziert worden war, und es zeigte sich, daß die Fische schon nach ganz kurzer Zeit zahllose solcher Keime in sich bargen, und zwar besonders in ihren Verdauungsorganen. In bezug auf die Verwendbarkeit solcher Fische zu Nährzwecken besteht nun zwar keine Gefahr, da Fische ja nur nach längerm Braten und Kochen genossen werden und ihre Eingeweide ja überhaupt keine Verwendung finden. Zudem überzeugten sich die genannten Forscher, daß die Temperatur des kochenden Wassers genügt, um alle Bakterien im Innern der Fische abzutöten, selbst wenn diese vorher nicht ausgenommen worden waren. Aber von einem andern Gesichtspunkt aus betrachtet, ist die Feststellung der Tatsache, daß die Fische die genannten Seuchenkeime in sich aufnehmen können, von großer praktischer Bedeutung. Im allgemeinen wird eine Epidemie sich in der Richtung ausbreiten, die das fließende Wasser ihr vorschreibt, also stromabwärts. Aber auch eine Verbreitung stromaufwärts ist häufig beobachtet worden, und schon früher hatte man die Wassertiere als Verschlepper der Keime in dieser Richtung in Verdacht, und dieser Verdacht war demnach wohl berechtigt. Nicht nur die Lachse und ihre Verwandten sowie die Aalbrut unternehmen solche Wanderungen stromaufwärts regelmäßig, sondern auch die ständigen Bewohner des Flußgebiets wechseln ihren Aufenthaltsort je nach der Jahreszeit; allerdings ist man über die Gesetzmäßigkeit und den Verlauf dieser Wanderungen bei den Flußfischen noch weniger unterrichtet als bei manchen Seefischen, wie beispielsweise bei den Schollen. Es ist nach den geschilderten Untersuchungen also sehr wohl möglich, daß die Fische auf ihren Wanderungen stromaufwärts den Oberlauf oder den Nebenfluß eines Gewässers, der bis dahin noch bakterienfrei war, ebenfalls verseuchen. —

* **Die Mönche und Nonnen mußten die Zeche bezahlen.** Ein Arzt, Giovanni Vivenzio, vom Hofe Ferdinands 4. von Bourbon hat im Jahre 1783 in Neapel eine „Geschichte des Erdbebens von Kalabrien im Jahre 1783“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine offizielle Darstellung, die aber trotz aller Lobhudelei für die Regierung des Königreichs beider Sizilien doch manche interessante Angaben enthält. Die Nachricht von dem am 5. Februar erfolgten Erdbeben gelangte erst am 15. Februar nach Neapel. Sofort wurden drei Schiffe mit Hilfsmaterial ausgerüstet und ein Generalkommissar ernannt, der mit 200 000 Golddukaten am 22. in Monteleone eintraf. Man kann sich denken, daß 17 Tage nach dem Unglück nicht mehr viel dringliche Hilfeleistung erfordert wurde. Von privater Wohltätigkeit spricht das Buch nicht. Nur der Malteserorden schickte sofort einige Schiffe mit Lebensmitteln, Medizinalien und Betten, die in den ersten Tagen sehr nützlich waren. Sobald aber der Generalkommissar eintraf, entließ er die Malteserritter mit dem Bemerken, daß der König in reichlichster Weise für alles sorgen würde. Wie es mit dieser Sorge aussah, erfahren wir so nebenbei aus der dem Hofarzt aus der Feder gerutschten Angabe, daß im Jahre 1783/84 in Cosenza von 436 durch das Erdbeben verwaisten Kindern 400 aus Mangel an Nahrung und Pflege zugrunde gingen. Von einer Gesamtbevölkerung von 439 776 starben durch das Erdbeben 29 451; an den Folgen des Unglücks gingen weitere 5709 zugrunde. Diese Zahlen beziehen sich auf Kalabrien; Messina hatte nur 700 Tote zu beklagen. Die Leichen wurden verbrannt und die Regierung schickte dazu mehrere Schiffsladungen von Pech. Vom Hofe wurden für Zelte, Baracken usw. 239 093 Dukaten gesandt. Für den Wiederaufbau der Häuser erhielten die Privatleute Darlehen zu geringem Zinsfuß, aber die Wiederherstellung der öffentlichen Bauten wie die Austrocknung der durch das Erdbeben entstandenen zahlreichen Seen übernahm die Regierung selbst. Interessant ist nun, daß die doch so gut katholische Regierung der Bourbonen das Geld für diese Zwecke durch Aufhebung aller religiösen Orden in Kalabrien aufbrachte, „da man von ihren Renten doch nicht bessern Gebrauch machen konnte, als sie für öffentliche Bedürfnisse zu verwenden und zur Unterstützung so vieler Unglücklichen, die sich im Zustand entsetzlichen Elends befanden“. Es wurden so nicht weniger als 191 Männerklöster und 38 Frauenklöster aufgehoben. Die Mönche wurden in andre Provinzen geschickt, die Nonnen zu ihren Verwandten zurück; aus den Gebäuden machte man Erziehungsheime, Waisenhäuser und Invalidenasyle. Das Geld floß in eine einzige Kasse, die man die heilige Kasse nannte. Außerdem stellte die Regierung die Geistlichen in den Steuerlasten den Nichtgeistlichen gleich und schaffte alle Regalien ab, die die grundbesitzenden Barone als Feudalherren von dem Landvolk verlangten. Nur die Leistungen, für die die Barone Rechtstitel aufweisen konnten, blieben fortbestehen. Das Geld der „Heiligen Kasse“ wurde hauptsächlich für die Austrocknung der Seen gebraucht. Diese Seen waren durch Erdrutsche entstanden, die die bisherigen Abflüsse des Wassers verlegten. Es waren ihrer 215, und die Austrocknung kostete 237 659 Golddukaten. Von den zerstörten Städten und Ortschaften wurden 33 an andern Orten wieder aufgebaut. Für alle Neubauten wurde angeordnet, nur einstöckige Gebäude herzustellen. Wie diese Verordnungen eingehalten wurden, ist bekannt. Die Schrecken der Verwüstung wurden schnell vergessen und die jahrhundertelange Leidensgeschichte Kalabriens bildet ein beweiskräftiges Dokument dafür, daß die Menschen nichts aus der Geschichte lernen. —

Wasserstände.

\+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
	Iser, Eger und Moldau.					
Jungbunzlau	15. Febr.	+ 0.02	16. Febr.	+ 0.04	—	0.02
Laun	„	+ 0.09	„	— 0.03	0.12	—
Budweis	„	— 0.04	„	— 0.10	0.06	—
Prag	„	—	„	—	—	—
	Mulde.					
Dessau, Muldenbr.	16. Febr.	+ 1.40	17. Febr.	+ 1.39	0.01	—
	Elbe.					
Pardubitz	15. Febr.	— 0.55	16. Febr.	— 0.62	0.07	—
Brandeis	„	+ 2.06	„	+ 1.96	0.10	—
Melnik	„	+ 0.18	„	— 0.34	0.52	—
Leitmeritz	„	— 0.06	„	— 0.20	0.14	—
Aussig	16. „	+ 0.28	17. „	+ 0.02	0.26	—
Dresden	„	— 1.16	„	— 1.23	0.07	—
Torgau	„	+ 1.19	„	+ 0.98	0.21	—
Wittenberg	„	+ 2.18	„	+ 2.11	0.07	—
Roßlau	„	+ 1.68	„	+ 1.58	0.10	—
Barby	„	+ 2.24	„	+ 2.09	0.15	—
Schönebeck	„	+ 2.11	„	+ 1.97	0.14	—
Magdeburg	17. „	+ 1.75	18. „	+ 1.65	0.10	—
Tangermünde	16. „	+ 3.30	17. „	+ 2.96	0.34	—
Wittenberge	„	+ 4.60	„	+ 4.20	0.40	—
Droda-Dömitz	„	+ 2.98	„	+ 2.81	0.17	—
Lauenburg	„	+ 2.68	„	+ 2.72	—	0.04

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 42. Magdeburg, Freitag den 19. Februar 1909. 20. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Arbeitslosenzählung.

Die Arbeitslosenzählung in den Elbdörfern Fermersleben, Salbke und Westerhüsen, die am 16. d. M. vorgenommen wurde, ergab in den drei Orten 141 Arbeitslose. Davon sind 61 verheiratet. Die Zahl der Kinder beträgt 130. Die Arbeitslosen sind insgesamt 1413 Wochen lang ohne Beschäftigung gewesen.

Auf Fermersleben kommen 68 Arbeitslose, davon 24 verheiratete mit 41 Kindern. Die Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt 661 Wochen. In Westerhüsen wurden 49 Arbeitslose gezählt, davon 22 Familienväter mit 61 Kindern. Die Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt 449 Wochen. In Salbke sind Arbeitslose vorhanden, davon sind 15 verheiratet, die zusammen 28 Kinder haben. Die Dauer der Beschäftigungslosigkeit beträgt 383 Wochen. —

Sozialdemokratischer Wahlverein Salzwedel-Gardelegen.

Parteigenossen! Hiermit veröffentlichen wir unser Kreisstatut mit dem Ersuchen, es in den Versammlungen der Filialen durchzuberaten und innerhalb 14 Tagen nach der Veröffentlichung dem Vorstand Mitteilung über etwaige Aenderungen zu machen.

§ 1.

Der Verein ist die Organisation der Sozialdemokraten im Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen. Er bezweckt die Förderung der Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch

1. Agitatorische Tätigkeit,
2. Vorträge und Diskussionen über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten,
3. Beteiligung an Wahlen,
4. Beschickung von sozialdemokratischen und Arbeiterkongressen,
5. Vertrieb geeigneter Schriften und
6. Förderung allgemeiner Bildung.

§ 2.

Die Leitung des Vereins liegt dem Vereinsvorstand ob, dessen Sitz von der Generalversammlung bestimmt wird. Der Verein besteht aus Filialen und Einzelmitgliedschaften. Orte mit mehr als 10 zahlenden Einzelmitgliedern können eine Filiale bilden. Die Geschäfte der Filiale besorgt der Filialvorstand.

§ 3.

Mitglied des Vereins kann jede Person werden, die über 18 Jahre alt ist und sich zu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekennt.

Die Anmeldung zur Aufnahme erfolgt beim Filialvorsitzenden oder bei vom Filialvorstand dazu beauftragten Personen. Die Mitgliederverversammlung hat das Recht, die Aufnahme zu beanstanden. In diesem Falle steht dem Beanstandeten die Berufung an die Generalversammlung des Vereins zu.

§ 4.

Die Filialen können zu Verwaltungszwecken und für örtliche Angelegenheiten 30 Prozent der Einnahme aus den Beiträgen verwenden. Werden größere Ausgaben für örtliche Zwecke von der Filiale beansprucht, so muß vor der Verwendung die Zustimmung des Vereinsvorstandes eingeholt werden. Alle am Quartalsschluß in den Filialen vorhandenen Gelder sind, soweit sie am Orte entbehrlich sind, innerhalb 14 Tagen mit der Quartalsabrechnung an den Kassierer des Vereins einzusenden.

Zur Legitimation erhält jedes Mitglied ein Mitgliedsbuch. Für ein verlorenes Mitgliedsbuch sind 20 Pf. zu entrichten.

Die Mitglieder haben keinen Anteil am Vereinsvermögen.

§ 5.

Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder nicht unter 20 Pfg., für weibliche Mitglieder nicht unter 10 Pf., der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 10, für weibliche Mitglieder 5 Pf. Er wird den Mitgliedern von durch den Vorstand oder durch die Filialversammlung beauftragten Genossen allwöchentlich aus der Wohnung abgeholt.

Der Vorstand darf freiwillige Beiträge entgegennehmen.

Zureisende Genossen, welche in andern Orten einer gleichartigen politischen Organisation angehörten und dieser gegenüber ihre Pflichten erfüllt haben, sind vom Eintrittsgeld befreit.

§ 6.

Der Austritt aus dem Verein kann jederzeit erfolgen, wenn das Mitglied seine Erklärung beim Filialvorstand abgibt.

Ein Mitglied, das gegen die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei oder gegen die Vereinsbeschlüsse handelt oder grobe Verstöße gegen das Statut oder ehrlose Handlungen begeht, ist gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei (§ 27 und 28) auszuschließen.

Ein Mitglied, das länger als 9 Wochen keine Beiträge mehr gezahlt hat, kann nach erfolgloser Mahnung von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden.

Die Beitragspflicht kann einem Mitglied erlassen werden, wenn es stichhaltige Gründe beim Filialvorstand angibt.

Mit dem Austritt oder Ausschluß erlöschen alle sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Rechte.

§ 7.

Der Verein hält monatlich Filialversammlungen ab und jährlich vor dem allgemeinen Parteitag eine ordentliche Generalversammlung. Außerordentliche Generalversammlungen kann der Vorstand in zwingenden Fällen einberufen, eine solche muß auf schriftlichen Antrag von mindestens 2 Filialen durch den Vorstand einberufen werden.

Die Generalversammlungen des Vereins setzen sich aus den Mitgliedern des Vereinsvorstandes und den Delegierten der Filialen und Einzelmitgliedschaften zusammen. Delegiert kann nur werden, wer seine Beiträge voll entrichtet hat. Die Filialen können bis zu 50 Mitglieder einen Delegierten und für je angefangene weitere 50 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu der Generalversammlung entsenden.

Die Delegierten sind mit Mandat und Mitgliedsbuch zu versehen, nur Delegierte und Vorstand haben auf der Generalversammlung Stimmrecht; die Generalversammlung beschließt in allen Vereinsfragen endgültig.

Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens 14 Tage vor ihrem Stattfinden dem Vorstand mitgeteilt und von diesem in der „Volksstimme" bekanntgegeben werden.

§ 8.

Der Vorstand des Vereins besteht aus drei Personen: einem Vorsitzenden, einem Kassierer und einem Schriftführer. Der Vorsitzende hat den Verein nach außen hin zu vertreten, der Kassierer verwaltet die Kasse gemäß den Beschlüssen des Vereins, der Schriftführer hat den Verkehr mit der Presse zu vermitteln und die ihm vom Vorsitzenden überwiesenen Korrespondenzen zu erledigen.

Der Vorstand hat in den ordentlichen Generalversammlungen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten und den Kassenbericht über das verflossene Jahr zu geben. Der Kassenabschluß ist durch mindestens zwei Revisoren zu prüfen, die in der Generalversammlung gewählt werden und das Resultat ihrer Revision in der „Volksstimme" bekanntzugeben haben.

Der Vorstand wird in der Generalversammlung, die im Juli stattfindet, auf 1 Jahr gewählt.

§ 9.

Bei allen Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit. Anträge auf Statutenänderungen müssen mindestens 4 Wochen vor der Generalversammlung beim Vorstand eingereicht werden, der sie sofort in der „Volksstimme" zu veröffentlichen hat.

§ 10.

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung beschlossen werden.

Für solche Anträge gelten die gleichen Bestimmungen wie für Anträge auf Statutenänderung.

Im Falle der Auflösung ist das Vereinsvermögen dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu überweisen.

Salzwedel, 14. Februar 1909.

Mit Parteigruß

Der Vorstand. J. A.: Fritz Haase.

Beyendorf-Sohlen, 18. Februar. (Ein Lichtbildervortrag) findet am Sonntag den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Müller in Sohlen statt. Leider sind wir nicht oft in der Lage, einen derartigen Vortrag zu hören und wünschen wir deshalb, daß alle Einwohner der beiden genannten Ortschaften daran teilnehmen.

Ebendorf, 18. Februar. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) fand hier am 12. Februar statt. Der Kommunalsteuerzuschlag zur Einkommensteuer für 1909/10 wurde wie im Jahre 1908 auf 100 Prozent, also 50 Prozent für den Kreis und 50 Prozent für die Gemeinde, festgesetzt. Der Einnahme- und Ausgabe-Etat balanciert mit 19 874,61 Mark. Die Verkaufsstelle der Freibank hat der Fleischermeister Ude übernommen. Eine auszuhängende Tafel soll anzeigen, wenn Ware zum Verkauf da ist. Die Unkosten trägt der jeweilige Viehlieferant. Weiter wurde in der Lichtfrage beschlossen, der Ueberlandzentrale beizutreten. Wegen dieses Punktes soll in nächster Zeit noch eine Gemeindeversammlung stattfinden. Eine Vorlage über eine Pflasterung wurde zurückgestellt. —

— (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonntag den 14. Februar fand eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, die leider nur schwach besucht war. Mit Rücksicht auf den Kampf, den hier seit längerer Zeit die Steinarbeiter mit dem Unternehmertum führen, ein beschämendes Zeichen. —

— (Gemeindeversammlung.) Am Dienstag den 16. Februar tagte eine öffentliche Gemeindeversammlung. Herr Köbler (Groß-Ammensleben) hielt einen kurzen Vortrag über den Wert der Ueberlandzentralen-Genossenschaft Börde zur Einführung der elektrischen Beleuchtung im Orte. Bei einer Haftsumme von 1000 Mark betragen die Anteile 200 Mark. Zurzeit seien schon etwa 800 Mitglieder gewonnen. Nach Schluß der Ausführungen zeichneten sich auch hier 13 Mitglieder bei der Genossenschaft ein. Die Beleuchtungsfrage soll in der nächsten Sitzung der Gemeindevertreter noch einmal erörtert werden. —

Groß-Ottersleben, 18. Februar. (Die Versammlung,) in der Genosse Bömelburg spricht, findet nicht am heutigen Donnerstag, sondern am Donnerstag den 25. Februar statt. —

Groß-Ottersleben, 18. Februar. (Katzenmusik.) Im Sommer 1907 hatte hier eine Anzahl junger Leute bis tief in die Nacht hinein gekneipt und kam beim Nachhausegehen auf den Gedanken, den Nachtschutzmann Stern bänseln zu wollen. Sie sangen in der Nähe der Sternschen Wohnung laut die Lieder „Wie schön leucht' uns der Morgenstern" und „Weißt du, wieviel Sternlein stehen". Der Barbier Otto Münnich verstärkte den Lärm noch durch Bearbeiten eines alten Blechtopfs. Münnich wurde am Mittwoch vom Schöffengericht Magdeburg zu 10 Mark und der Knecht Karl Poppe zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Aken, 18. Februar. („Eigentum ist Diebstahl!) Die Uebertragung des schönen Satzes, daß Eigentum Diebstahl sei, in die Praxis, scheint dem sozialdemokratischen Abgeordneten v. Vollmar wohl noch etwas verfrüht zu sein. Denn nur so kann man es sich erklären, daß er nach einem Einbruch in seiner Villa ganz nach bürgerlicher Methode zum Kadi lief und den Uebeltäter, der sich an dem Hab und Gut des Schloßherrn von Sohonsaß vergriffen hatte, verdonnern ließ." So schreibt die „Akener Zeitung" in der Nr. 39. Dem Blatte wäre zu raten, sich erst einmal in sozialdemokratische Anschauungen zu vertiefen, ehe es solchen Unsinn verzapft. —

— (Ein seltenes Gewicht,) nämlich reichlich 700 Pfund, erreichte das am Mittwoch geschlachtete Schwein des Gastwirts Otto Regeler. Das Tier war 2jährig. —

Aken, 17. Februar. (Lohnabzüge.) In vielen Fällen wird immer an der unrichtigen Stelle gespart. So sind bei einem Teile der Solvaywerke, wo schon ein großer Teil Arbeiter infolge Daniederliegens der Industrie entlassen worden ist, Lohnabzüge gemacht worden, während den Beamten eine Erhöhung ihrer Gehalte um 15 Mark gewährt wurde. Ebenso sind die Beamten durch die Lieferung von Dienstwohnung mit schönem Garten sowie eines Ackerstücks außerordentlich bevorzugt. Wenn die Arbeiter hier einmal versuchten, eine Parallele zu ziehen, würde jedenfalls bei manchem die Handlungsweise und das Denken anders werden. —

Aken, 17. Februar. (Auf Abzahlung.) Mancher, dem es nicht möglich ist, größere Ausgaben für Kleidungs- oder Wirtschafts-

---

Evas Stall.

Von Blasco Ibanez. Aus dem Spanischen.

Der alte Correchola mit seinem knochigen Gesicht und dem über der behaarten Brust weit offenen Hemd erzählte. Die Arbeiter des Meierhofes saßen um ihn herum, und während sie ihm zuhörten, schweiften ihre hungrigen Blicke zu dem dampfenden und brodelnden Suppenkessel.

Die roten, von der Sonne gebräunten Gesichter glänzten im Widerschein der Herdflamme, und aus den Körpern, die sich tagsüber in schwerer Arbeit abgemüht hatten, stieg ein scharfer Schweißgeruch auf, der, mit dem warmen Küchenduft sich vermengend, eine Atmosphäre kraftvoller Lebensäußerung schuf.

Durch die offene Tür blickten der violette Abendhimmel, auf dem die ersten Sterne flimmerten, und die weiten, in der Dämmerung verschwimmenden Felder; ein Teil war bereits abgemäht und dem stoppligen, von Rissen und Sprüngen durchsetzten Boden entströmte die Hitze, die sich tagsüber darin eingesaugt hatte. Streckenweise standen die Aehren noch in voller, dichter Pracht und neigten sich rauschend unter dem Wehen der nächtlichen Brise.

Der Alte klagte über Schmerzen in seinen Knochen. Wie schwer man sich ein Stücklein Brot verdienen müsse! . . . Aber es ließe sich nichts dagegen tun, denn immer würde es Arme und Reiche geben, und wer zur Armut geboren sei, müsse sie eben ruhig ertragen. Von seinem Großvater habe er erfahren, daß Eva, das erste Weib, die Armut und das Elend auf der Welt verschuldet habe . . . Ja, diese Weiber, woran sind sie eigentlich nicht schuld!

Aus den Blicken der herumsitzenden Leute, von denen nur wenige den alten Mann seit längerer Zeit kannten, sprach die Neugierde. Als Correchola dies bemerkte, fing er an, in seinem pittoresten Valencianer Dialekt den Streich zu erzählen, der den Armen von dem ersten Weibe gespielt worden war.

Der Vorfall reichte in die Zeit zurück, da das erste Menschenpaar wegen Rebellion aus dem Paradies verwiesen und dazu verurteilt worden war, sich das Brot durch Arbeit zu verdienen. Adam verbrachte die Zeit mit Säen, Ackern und andern Feldarbeiten, während Eva, auf der Schwelle ihrer Hütte sitzend, ihre Feigenblätterröcke revarierte . . . So verging ein Jahr um das andre und mit jedem kam ein kleines Kind. Im Laufe der Zeit wurde es eine ganz stattliche Zahl von Mäulern, die nichts andres taten, als um Brot schreien, und dadurch den armen Adam in eine recht bedrängte Lage brachten.

Dann und wann zeigte sich einer von den himmlischen Seraphim, der beauftragt war, ein bißchen nachzusehen, was unten los sei, um dann dem Herrn berichten zu können.

„Holla, Kleiner!" rief Eva und lächelte ihr bezauberndstes Lächeln; „kommst Du direkt von oben? Was macht der Herr? Wenn Du mit ihm sprichst, so sage ihm, daß ich meinen Ungehorsam bereut habe . . . Ach! Wie gut ging es uns doch im Paradies! . . . Sage ihm auch, daß wir uns plagen müssen und nur den einen Wunsch haben, ihn zu sehen, damit wir uns überzeugen können, daß er uns nichts nachträgt."

„Ich werde es ausrichten," antwortete der Seraph, tat ein paar Flügelschläge und verschwand in den Wolken.

Solche Gespräche gab es oft, allein Evas Wunsch hatte sich so weit nicht erfüllt. Der Herr blieb unsichtbar und Nachrichten zufolge war er mit der Verwaltung seines unendlichen Reiches so beschäftigt, daß er keinen freien Augenblick hatte.

Eines Tages jedoch stand ein himmlischer Kurier vor der Hütte:

„Höre, Eva: wenn heute abend schönes Wetter ist, so wird der Herr ein wenig zu Euch herabkommen. Gestern abend sprach er mit dem Erzengel Michael und fragte ihn: Was machen denn die Sünder?"

Eva war von der ihr bevorstehenden Ehre ganz überwältigt. Mit großem Geschrei rief sie ihren Mann herbei, der wie gewöhnlich damit beschäftigt war, in der Nähe der Hütte Unkraut auszujäten. Und nun ging's drunter und drüber in der ganzen Hütte. Geradeso wie es die Dorfweiber machen, wenn sie vor den Festtagen nach Valencia gehen, Einkäufe besorgen und dann nach Hause kommen, so begann nun Eva zu fegen und zu reinigen, überall wurde ausgekehrt, im Flur, in der Küche und in der Stube. Die Betten wurden frisch überzogen, die Stühle wurden mit Seife und Reibsand gescheuert, und dann ging man an die Toilette. Eva zog ihr allerschönstes Kleid an und Adam mußte ein Gewand aus ganz frischen Blättern wie an Sonntagen anlegen.

Schon glaubte Eva, daß alles in schönster Ordnung sei, als sie durch das Höllengeschrei ihrer Rangen eines Bessern belehrt wurde. Es waren deren zwanzig bis dreißig oder gar noch mehr, ungewaschen, ungekämmt, zerlumpt, zerfetzt und schmutzstarrend.

„Was mache ich mit dieser Horde!" schrie Eva verzweifelt. „Der Herr wird mir sicher vorwerfen, daß ich eine nachlässige und schlechte Mutter sei. Wenn die Männer nur wüßten, was es heißt, so viel kleines Volk zu erziehen!"

Nachdem sie hin und her gedacht hatte, faßte sie einen Entschluß. Sie nahm ihre Lieblinge zusammen, und welche Mutter hat deren nicht, wählte daraus die drei hübschesten und wusch und putzte sie mit großer Sorgfalt. Alle übrigen ließ sie, schmutzig und zerlumpt wie sie waren, ungeachtet ihres mörderischen Geheuls in den Stall und versperrte die Tür.

Es war gerade höchste Zeit. Eine in blendend weißes Licht gehüllte Wolke senkte sich majestätisch herab vom Himmel, das Rauschen vieler Flügel ließ sich vernehmen zugleich mit einem herrlich klingenden Chor geheimnisvoller Stimmen. Hosianna! Hosianna! . . . Der himmlische Zug langte auf der Erde an und bewegte sich zwischen den wogenden Getreidefeldern Adams Hütte zu. Es war, als ob die schönsten Sterne vom Himmel herabgekommen wären.

Voran schritt als Vorbut ein Zug Erzengel. Sie hatten vorsichtshalber ihre Flammenschwerter in die Scheiden gesteckt, und als sie vor der geblendeten Eva standen, begannen sie sofort, ihr eine Menge ausgesuchtester Artigkeiten zu sagen, versicherten ihr, daß sie sich seit dem Paradies gar nicht verändert habe, sogar noch jünger aussehe, und zerstreuten sich dann voll soldatischer Fröhlichkeit in die Felder, flogen auf die Feigenbäume und ließen sich die köstlichen Früchte schmecken, während der arme Adam, der schon die ganze Ernte verloren sah, insgeheim die grimmigsten Verwünschungen murmelte.

Jetzt erschien der Herr: mit wallendem Silberbart, auf dem Haupte einen Triangel, der wie die Sonne leuchtete. Hinter ihm gingen der heilige Michael und alle Minister sowie die hohen Beamten des himmlischen Hofstaats. Der Herr hatte für Adam ein gütiges Lächeln, die Eva aber kniff er sanft ins Kinn und sagte: „Wie geht's, Du loser Schnabel? Bist Du noch immer so neugierig?"

Ganz hingerissen von so viel Herablassung, boten die Gatten dem Herrn einen Armstuhl zum Niedersetzen dar. Ach, Kinder, das war ein feiner Armstuhl! Breit, bequem, aus starkem Holz und mit einem Sitz aus dem weichsten Flechtwerk. Nicht einmal der Herr Pfarrer hat so einen Armstuhl.

Der Herr machte sich's darin bequem und begann nun Adam auszufragen, wie es ihm gehe und was er treibe. Darauf klagte ihm dieser, wie sehr er sich schinden müsse, um das tägliche Brot zu erwerben.

„Schon gut!" sagte der Herr. „Das wird Dir für ein andermal die Lust vergehen lassen, die Ratschläge Deines Weibes zu befolgen. Glaubtest gar, daß es Dir auf der Erde so gut gehen werde wie dazumal im Paradies. Arbeite, und schwitze, mein Sohn, und überlege es Dir in Zukunft, Deinen Vorgesetzten ungehorsam zu sein."

Diese harten Worte taten aber gleich darauf dem Allgütigen leid. Er fügte deshalb in mildem Tone hinzu: „Was geschehen ist, ist geschehen. Mein Fluch muß sich erfüllen. Da ich aber die Schwelle Eurer Hütte betreten habe, so will ich nicht von dannen gehen, ohne Euch einen neuerlichen Beweis meiner Güte zu geben. Du, Eva, rangier mir einmal diese Buben da!"

Die drei Jungen machten alsbald Front vor dem Allmächtigen, der sie eine gute Weile aufmerksam betrachtete.

„Du," sagte er zum ersten, einem kleinen dicken Kerle, der mit ernster Miene und gerunzelter Stirn in der Nase bohrte, „Du wirst der Richter über Deine Mitmenschen sein. Du wirst Gesetze machen, wirst erklären, was ein Verbrechen ist, wirst Deine Ansicht in jedem Jahrhundert ändern und alle Verbrecher mit demselben Maße messen, geradeso wie ein Arzt, der alle Kranken mit einem einzigen Medikament heilen will."

sachen auf einmal machen zu können, glaubt durch die Erleichterungen der Zahlungsbedingungen bei den Abzahlungsgeschäften sich das Nötigste zu seinem Gebrauch anschaffen zu können. In den meisten Fällen wird aber von dem Käufer übersehen, daß der Zahlungsort der ist, wo das Geschäft sich befindet, ebenso daß die gekauften Sachen Eigentum des Abzahlungsgeschäfts sind, bis der letzte Pfennig bezahlt ist. Treten nun Zahlungsschwierigkeiten ein infolge Krankheit oder Arbeitsmangels, so ist es leicht möglich, daß von dem Abzahlungsgeschäft die Sachen wieder an den Erfüllungsort auf Kosten des Schuldners eingefordert werden. Auch wird beim Einkauf der wirkliche Wert der Waren ganz übersehen. So wurde z. B. von einem Abzahlungsgeschäft folgendes verkauft:

Pikeebarchent 5 Meter	a	1,40 =	7,00	Mark
Bettücher 2 Stück . .	a	3,00 =	6,00	„
Cheviotanzug 1 Stück .	a	17,00 =	17,00	„
Cheviotanzug 1 Stück .	a	12,00 =	12,00	„
Bettbezug 18 Meter .	a	0,95 =	17,10	„
		Zusammen	59,10	Mark

Die Preise der genannten Artikel im hiesigen Konsumverein sind folgende:

Pikeebarchent 5 Meter	a	0,60 =	3,00	Mark
Bettücher 2 Stück . .	a	2,00 =	4,00	„
Cheviotanzug 1 Stück .	a	11,00 =	11,00	„
Cheviotanzug 1 Stück .	a	10,00 =	10,00	„
Bettbezug 18 Meter .	a	0,52 =	9,36	„
		Zusammen	37,36	Mark

Die Käuferin hat also 21,74 Mark mehr an das Abzahlungsgeschäft zu bezahlen, als wenn sie hier am Orte gekauft hätte. Also ist ein ganzer Wochenlohn ihres Mannes unnütz ausgegeben worden! Man gehe deshalb mit mehr Ueberlegung zu Werke! —

Burg, 18. Februar. (Der Kohlen„dieb".) Vor den Schranken des Jugendgerichtshofs stand am Mittwoch ein zwölfjähriger Schulknabe. Der Angeklagte ist geständig, am 16. Dezember v. J. etwa 10 Kilogramm Kohlen von dem alten Güterbahnhof entwendet zu haben, und wird mit einem Verweis bestraft. Die Strafe ist allerdings die niedrigste, die der Gerichtshof verhängen konnte, aber selbst diese Strafe erscheint zu hoch gegenüber dem sonderbaren „Verbrechen" des Angeklagten. Zunächst muß zugegeben werden, daß jemand eine solche „Menge" an Kohlen nicht „stiehlt", um sie etwa zu verkaufen. Dann aber haben wir die feste Ueberzeugung, daß vor und mit dem Schulknaben sich hundert andre gleichen und noch weit geringeren Alters zu verantworten hätten, wenn jeder von ihnen zur Rechenschaft gezogen würde für eine Tat, die er meist unbewußt, und ohne sich etwas Arges dabei zu denken, begangen hat. Wie werden sie zu Dieben, diese kleinen Sünder? Es ist der 16. Dezember 1908. An der Auffahrt zum Güterbahnhof steht zu beiden Seiten eine Schar Kinder, denen man auf den ersten Blick ansieht, daß sie in der Wahl ihrer Eltern nicht besonders vorsichtig gewesen sind. Ein kleines Beutelchen zusammengerollt, oder eine ausrangierte Markttasche zusammengedrückt unter den Arm geklemmt, die frierenden Händchen in den Hosentaschen verborgen, stehen sie und warten, warten geduldig, stundenlang. Keinem der Vorübergehenden fällt es auf, daß ihnen der kalte Dezemberwind durch die Kleider fährt, keinem der Vorübergehenden fallen sie überhaupt auf: sie sind eine alltägliche Erscheinung, diese lebenden Beweise der Unhaltbarkeit der heutigen Ordnung. Aber da, endlich kommt Leben in die kleine Schar. Vom Güterbahnhof her nähert sich ein Lastwagen, er ist bis oben vollgeladen mit dem, was zu Hause fehlt, wozu es nicht gereicht hatte, weil der Vater keine Arbeit hat, mit — Kohlen. Jetzt rollt er durch die Auffahrt; ehe er den Fahrdamm der Kanalstraße erreicht hat, fallen beim Ueberfahren der Straßenrinne einige Kohlenstückchen herab. Einige Dutzend Händchen strecken sich gleichzeitig nach ihnen aus, aber nur einigen gelingt es, welche zu erhaschen. Einige verfolgen den Wagen, der auf dem holprigen Pflaster der Bahnhofstraße noch manches Stück seines Inhalts hergibt, bis in die Stadt hinein. Die andern warten weiter, warten auf den nächsten Wagen. Dasselbe Schauspiel wiederholt sich beim zweiten, beim dritten bei allen Kohlenwagen, bis abends um 6 Uhr die eisernen Tore der Auffahrt zum Güterbahnhof geschlossen werden. Oft aber vorher, wenn auf dem Güterbahnhof kein Wagen mehr zu sehen ist, von dem die Wartenden wissen, daß er Kohlen in sich aufnehmen soll, dann ereignet sich das, was den erwähnten Schulknaben zum Diebe gemacht hat. Er hat gewartet, mit den übrigen geduldig ausgeharrt. Sie alle gehen nach Hause, weil heute nichts mehr zu erwarten ist. Er steht noch allein an der Auffahrt. Kaum 20 Meter von ihm, auf dem Güterbahnhof, liegen Briketts, die beim Ausladen heruntergefallen sind, haufenweise vor den noch nicht völlig leeren Loren. Kein Mensch ist zu sehen, rasch entrollt er das mitgebrachte Beutelchen, nähert sich dem Kohlenhaufen und nimmt 1, 2, . . . 10, . . . 20 Stück und ist ein — Dieb geworden. Der Diebstahl wird nicht verherrlicht werden, wenn wir fragen, was an diesem zum Diebe gewordenen Knaben Schlechtes ist. Sicher hat sich auch der Jugendgerichtshof gefragt, daß ein Diebstahl nach dem allgemeinen Begriff nicht vorgelegen hat. Was hier fehlt, ist Arbeit für den Ernährer. Die Herrichtung von Notstandsarbeiten trägt, wenn auch nicht zur gänzlichen Beseitigung, doch aber zur Linderung der Not und zur Verminderung solcher Diebstähle bei. Wie ernst es aber unserm Magistrat ist, das Erforderliche zu veranlassen, ist hinreichend bekannt. —

Halberstadt, 18. Februar. (Fürchterliche Zustände) müssen, nach einem Eingesandt in der „Allgemeinen Zeitung" zu urteilen, im hiesigen Stadttheater herrschen. Danach befindet sich unter der Bühne des Stadttheaters ein Gully, der keinen Abfluß hat, noch nie gereinigt sein soll und einen schrecklichen Geruch verbreitet. „Durch Schlamm watete" der Einsender bis an den die Umgebung verpestenden Ort. Ferner „herrscht in den Bühnenräumen eine schreckliche Unordnung, alles starrt von Schmutz". Diese Feststellungen, die, wenn sie der Wahrheit entsprechen, auf wirklich skandalöse Zustände im Stadttheater schließen lassen, sind am Sonnabend in der Volksvorstellung erfolgt. In den Volksvorstellungen, bei denen das Theater fast regelmäßig ausverkauft ist, herrscht infolge der Fülle eine schreckliche Temperatur. Hier sollte auf dem schnellsten Wege für eine bessere Ventilation gesorgt werden, um den Besuchern, die doch wenig genug Gelegenheit haben, das Theater zu besuchen, den Aufenthalt nicht noch zu verleiden. Auch in der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde bei der Beratung des Etats des Stadttheaters auf einige Mißstände hingewiesen, deren Beseitigung der Magistrat zusicherte. Nach der Aufdeckung weiterer Uebelstände, welche die in der Sitzung zur Sprache gebrachten noch übertreffen, sollte der Magistrat nunmehr seine Untersuchungen beschleunigen und recht bald für Abhilfe sorgen. Zu verlangen ist auch, daß der Direktor ernstlich an seine Verpflichtungen erinnert wird. Das Theater ist doch nicht nur dazu vorhanden, um dem Direktor einen Gewinn zu verschaffen, der nach Schätzungen Eingeweihter jährlich ziemlich 30 000 Mark betragen soll. —

— (Die städtische Badeanstalt) ist geöffnet: Für Wannenbäder für Herren und Damen an den Wochentagen vormittags 8 bis 1½, nachmittags 3—8 Uhr, Sonntags vormittags 8—12½ Uhr. Dampfbad und elektrisches Lichtbad für Herren: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends vormittags 9—1½, nachmittags 3—8 Uhr, Montags und Freitags nachmittags 3—8, Sonntags vormittags 9—12½ Uhr; für Damen: Montags, Freitags vormittags 9—1½ und Mittwochs nachmittags 3—8 Uhr. Brausebäder für Herren und Damen an den Wochentagen vormittags 8—1½, nachmittags 3—8 Uhr, Sonntags vormittags 8—12½ Uhr; für Kinder Sonnabends nachmittags 3—5 Uhr, an den übrigen Tagen in derselben Zeit wie für Erwachsene. Schwimmbad für Herren an den Wochentagen vormittags 8—9 und 11—1½ Uhr, nachmittags 5—8 Uhr, Sonntags vormittags 8—12½ Uhr; für Damen nur an den Wochentagen vormittags 9—11, nachmittags 3—5 Uhr. Volksschwimmbad nur für Herren Sonnabends nachmittags 6—8 und Sonntags vormittags 8 bis 12½ Uhr. —

Hornhausen, 18. Februar. (Rückständigkeit.) Eine höchst denkwürdige Versammlung fand hier am 15. Februar statt. Um festzustellen, wie weit die Abneigung der hiesigen Kaufleute und Gewerbetreibenden gegen die gewerbliche Fortbildungsschule geht, waren sämtliche Gewerbetreibende und die Gemeindevertreter auf Veranlassung des Regierungspräsidenten zusammenberufen worden. Als Referent war der Provinzialschulrat aus Magdeburg anwesend, der die Vorteile einer derartigen Fortbildungsschule für Lehrlinge und Meister in bester Weise hervorhob. Er bat schließlich die anwesenden Handwerksmeister, ihre Beschwerden gegen die Fortbildungsschule vorzubringen. Bemerkt werden muß, daß die Zahl der Fortbildungsschüler hier 53 beträgt. Mit Ausnahme des Kaufmanns Barmbeck, der die Schule als einen großen Fortschritt bezeichnete und deshalb fast niedergeschrien wurde, äußerten sich sämtliche Redner gegen den Fortbestand der Schule; sie sei zwecklos und hindere die Meister nur daran, aus ihren Lehrlingen tüchtige Gesellen zu machen. Auf eine Frage des Schulrats, warum sich die Meister eigentlich Lehrlinge halten, erhielt er vom Bäckermeister Roloff die bezeichnende Antwort: „Weil wir nicht so viel verdienen, um einen Gesellen bezahlen zu können! Bei solchen Anschauungen war es kein Wunder, wenn sich schließlich zwei Drittel der Versammlung für den Wegfall des Unterrichts in der Fortbildungsschule erklärten. Solches hat sich zugetragen zu Hornhausen im Jahre des Heils 1909! —

Neuhaldensleben, 18. Februar. (Die Stadtverordneten-Versammlung) am Montag war von 26 Stadtverordneten besucht. Vollzählig war der Magistrat. In der Hauptsache handelte es sich um sehr interessante Angelegenheiten. Der Verkauf einer Parzelle Landes an die Kleinbahn Neuhaldensleben—Weferlingen zum Preise von zirka 80 Mark wird genehmigt. Durch die Anlage der Wasserleitung mußten ein neues Feuerlösch[illegible] ausgearbeitet und durchberaten werden. Der Mauermeister Segler hatte einen Antrag eingereicht, seinen auf der Straßenfluchtlinie ohne baupolizeiliche Genehmigung erbauten Schuppen stehen zu lassen. Der Konsequenzen wegen wurde dieser Antrag abgelehnt. Vom Magistrat war ein Antrag gestellt worden, dem Vorbild andrer Städte zu folgen und eine Fürsorgestelle für Säuglinge zu errichten. Herr Bürgermeister Bobe begründete den Antrag. Er ging auf die Säuglingssterblichkeit ein und bedauerte dabei, daß er keine Statistik habe über Säuglingskrankheiten, welche auf den Genuß von Kuhmilch zurückzuführen sind. Die des öftern vorgenommenen Milchuntersuchungen haben ergeben, daß im allgemeinen am Ort eine gute Milch in den Handel gebracht wird, doch müsse immerhin der Säuglingsmilch eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Mehrere Stadtverordnete sprachen im gleichen Sinne. Genosse Blume wünschte die Anlage einer Milchverlieferungsanstalt, denn nur sterilisierte Milch sei als sicheres Vorbeugungsmittel gegen Säuglingskrankheiten zu empfehlen; außerdem sei eine gute Säuglingsernährung das beste Vorbeugungsmittel gegen spätere Krankheiten, wie Schwindsucht usw. M. Uffrecht beantragte, den Antrag einer Kommission zu überweisen; diesem wurde zugestimmt in der Weise, daß die Stadtvv. Blume, Schoof, M. Uffrecht, Körner und Ewert der Gesundheitskommission zugeteilt werden, welche dann gesondert diese Angelegenheit bearbeiten soll. Das Hauptinteresse konzentrierte sich wohl auf die Wasserleitung. Die Kommission legte den Entwurf eines Ortsstatuts für diese vor. Der Mindestsatz sollte pro Haushalt und Vierteljahr 3 Mark betragen. Dagegen erklärten sich verschiedene Stadtverordnete. Eine Einigung wurde dadurch erzielt, daß der Mindestsatz auf 75 Pfg. pro Haushalt und Vierteljahr festgesetzt wurde. Das Geld soll auf Antrag Schoof monatlich eingezogen werden. Bei dieser [illegible] des Wasserbezugs wird auf eine wesentlich größere Beteiligung der Hausbesitzer gerechnet. Ursprünglich bestand der Plan, in jedem angeschlossenen Haus eine Zapfstelle gratis anzubringen, doch wurde dies wieder fallen gelassen. Dagegen soll jedem sich jetzt anschließenden Hausbesitzer ein Rabatt von 15 Mark gewährt werden. In späterer Zeit sich anschließende haben hierauf keinen Anspruch. Die Stadt hat etwa 2200 Haushalte; wenn von diesen sich etwa 1800 anschließen, so ist die Unterhaltung des Werkes und die Verzinsung des Kapitals gesichert. Im Anschluß an den Bau der Wasserleitung beantragt der [illegible] die Anlage einer Gasanstalt, damit diese zu Koch- und Heizzwecken Gas abgeben könne. Die [illegible] ist zu teuer und unzweckmäßig. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag nicht zu, da anzunehmen sei, daß der Verbrauch an Gas die Kosten für die Anlage nicht decken würde. Außerdem wäre es unwirtschaftlich, dem bestehenden städtischen Elektrizitätswerk eine Konkurrenz einzurichten. Der Entscheid wurde schließlich vertagt auf 30 Jahre. —

Quedlinburg, 17. Februar. (Von den Reichstreuen.) Am 22. Januar hat sich hier mit 16 Mitgliedern ein Verein reichstreuer Arbeiter gebildet. Als erster Vorsitzender wurde Walter Krause, als zweiter Vorsitzender der frühere Schuhmachermeister, jetzige Fleischbeschauer Gardenne, als Beisitzer Herr Lips und endlich als Revisor der Arbeiter Otto Schulze gewählt. Am 6. Februar hielt der Verein wieder eine Versammlung ab, in der Sekretär Krause krauses Zeug über die Sozialdemokratie redete. Der frühere Schuhmachermeister Gardenne erklärte, er sei früher ein echter Roter gewesen (Ist uns nicht davon bekannt. D. Red.), aber er hätte eingesehen, daß es mit der Sozialdemokratie immer ein und dasselbe sei. (Natürlich als Fleischbeschauer konnten wir den Mann nicht anstellen!) Die Verlesung der Statuten ging schnell vonstatten. Der Verein nennt sich „Verband reichstreuer Arbeiter zu Quedlinburg". Aufgenommen wird jeder, der sich ehrenwörtlich verpflichtet, keiner sozialdemokratischen Vereinigung anzugehören. Bis zum 1. April wird eine Aufnahmegebühr nicht erhoben. Von da ab kostet der Eintritt 25 Pf., die Statuten 10 Pf., der monatliche Beitrag 25 Pf. Hierfür soll den Mitgliedern Rechtsschutz gewährt werden. Bei Arbeitslosigkeit infolge Streiks und Aussperrungen soll eine Unterstützung in Höhe des durchschnittlichen Tagelohns gezahlt werden; außerdem ein Sterbegeld von 30 Mark und Unterstützung in außerordentlichen Notfällen von 10 bis 20 Mark. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 20. Februar statt. Ein Arbeiter der Firma R. Leder führte an, daß in dem Betriebe die Löhne der Hilfsarbeiter viel zu niedrig seien. Die Arbeiter an dem Kran in der Gießerei seien schlimm daran. Hier müsse eine Aenderung eintreten. Ein Arbeitgeber wie Leder könne auch bessere Löhne zahlen. Herr Krause tröstete ihn, daß es schon besser werden würde, worauf ihm dann von dem Arbeiter die Antwort wurde, daß es nach 10 Jahren noch gerade so im Betriebe sein würde. Der Reichstreue, der sich so beschwerte, wurde nach einigen Tagen plötzlich entlassen. Ob die Entlassung mit seinen Aeußerungen zusammenhängt, wissen wir nicht. Jedenfalls wird er in Zukunft etwas vorsichtiger über seine Arbeitgeber im reichstreu-gelben Verein reden. —

Schönebeck, 17. Februar. (Selbsthilfe.) In der Zementfabrik von Prüßing u. Ko. ist an allen Ecken ein Plakat angeschlagen, auf dem die Leitung 100 Mark Belohnung demjenigen zusichert, der den oder die Täter, welche eine Tür in der Kaserne wiederholt demoliert haben, so nachweist, daß er gerichtlich belangt werden kann. Mit der Tür hat es eigne Bewandtnis. Die Kaserne, in welcher zu gleicher Zeit auch die Kantine ist, hat nur zwei Eingänge. Die eine Tür davon wurde zugenagelt. Wahrscheinlich nur deshalb, um zu verhindern, daß die Arbeiter aus der Fabrik während der Arbeitszeit nach der Kantine gingen, um den Staub, welchen sie fortwährend schlucken müssen, hinunterzuspülen. Es ist wohl auch baupolizeilich kaum gestattet, die Tür zuzunageln. Es schlafen in der Kaserne oft 70 bis 80 Arbeiter. Geschähe nun einmal des Nachts ein Unglück, dann würde es doppelt groß werden, weil nur ein Ausgang vorhanden ist. Die Kaserne ist in zwei Abteilungen eingeteilt; in der Mitte befindet sich die Kantine. Würde sich nun in der Kantine ein Unglück ereignen, so könnten die Arbeiter, die sich an der zugenagelten Tür befinden, nicht ins Freie hinaus. Hier haben die Arbeiter nun zur Selbsthilfe gegriffen und diese Tür beseitigt. Die 100 Mark Belohnung würden besser zu einer Aufbesserung der Löhne verwandt werden können, die sehr nötig ist, denn die Belohnung wird sich unter den obwaltenden Umständen kein Arbeiter verdienen wollen. Auch fehlt ein Krankenkorb, den man schön für das Geld anschaffen könnte. —

Staßfurt, 17. Februar. (Die erneute Wahl) zur Gemeindevertretung in Neundorf, die durch den von sozialdemokratischer Seite eingelegten Wahlprotest notwendig geworden war und gestern stattgefunden hat, ist nicht günstig für unsre Partei ausgefallen. Zwar stiegen die Stimmen unsres Kandidaten, des Genossen Baumgarten, von 68 auf 81, diejenigen des Gegenkandidaten Ebeling aber von 100 auf 215, ein dritter Kandidat, Webel, erhielt 42 Stimmen. In Neundorf wohnen viele Arbeiter des anhaltischen Salzbergwerks. —

— (Ueber den Rücktritt) des Generaldirektors Gräßner vom Kalisyndikat kursieren wiederum Gerüchte. In der gestern in Berlin abgehaltenen Gesellschafterversammlung des Syndikats hat aber der Aufsichtsrat erklärt, daß ihm ein entsprechendes Gesuch nicht vorliege. In dieser Versammlung berichtete auch Herr Gräßner, daß der Absatz im Januar denjenigen des Januar 1908 um ungefähr 2 Millionen Mark übertreffe. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Syndikats sind vorläufig ausgesetzt, da einige neue Werke noch bedeutende Schwierigkeiten bereiten. —

Stendal, 18. Februar. (Bei der Arbeitslosenzählung) vom 7. Februar ließen sich eintragen arbeitslos Gewesene in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis 7. Februar 1909: Organisierte 165, Nichtorganisierte 22, in Summa 187. Verheiratet waren 125, davon 87 mit 192 Kindern unter 14 Jahren und 62 Ledige. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Tage betrug 8547. Für eine Stadt wie Stendal, in der Lehrer, Gerichts-, Post- und Eisenbahnbeamte sowie Eisenbahnwerkstatt- und andre Eisenbahnarbeiter mit ihren Familien so ziemlich die Hälfte der Einwohner ausmachen, die außerdem unter Arbeitslosigkeit nicht zu leiden haben, sind obige Zahlen schwere Anklagen gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Ganz abgesehen davon, daß unsre Zählung nur mit den geringen Mitteln, die die Organisationen am Orte geliefert haben, aufgestellt ist, und deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben kann, können wir jetzt schon behaupten, daß das größte Elend noch lange nicht ergründet ist. Das wäre erst möglich, wenn mit Unterstützung der Stadtverwaltung die Zähler gleichzeitig auch Sucher werden können. Arbeiter Stendals! Laßt euch durch die hiesigen besonders ungünstigen Verhältnisse nicht entmutigen, fördert und stärkt eure politische und gewerkschaftliche Organisation, sorgt für Verbreitung eurer politischen Zeitung und für geeignete Vertreter im Stadtparlament! —

Thale, 18. Februar. (Freidenker-Versammlung.) Dr. G. Kramer spricht am Sonntag den 21. d. M. über das allgemein interessierende Thema: Gibt es einen Gott? Die beiden hiesigen Geistlichen und der Rektor Lühmann sind besonders schriftlich eingeladen. Von den ersteren beiden soll es bei dem letzten hier gehaltenen Vortrag des Herrn Dr. Kramer bedauert worden sein, daß sie infolge dringender Verhinderung nicht kommen konnten. Diesmal werden die Herren bestimmt erscheinen und ihren Standpunkt verteidigen. Der Besuch der Versammlung ist allen Männern und Frauen zu empfehlen. (Alles Nähere im Inserat.) —

— (Mitteilung zur Sache des Genossen Huth.) Den vielseitigen Anfragen Rechnung tragend, teilen wir hierdurch mit, daß der Genosse Franz Huth Sonnabend den 20. d. M., abends ½6 Uhr, das Gefängnis in Quedlinburg verlassen wird, und in Thale mit dem Zuge 7.25 Uhr abends eintrifft. —

Wernigerode, 18. Februar. (Krankenkassen-Rückwärtserei.) Bei einer Seelenzahl von 17 625 leistet man sich hier noch neun Orts- und zwei Betriebskrankenkassen, und dabei hat sich die Tischler- usw. Ortskrankenkasse der der Handwerker angeschlossen. Daß sich unter diesen Kassen auch Käßchen befinden, denen das Leben nicht leicht wird, ein natürliches Ende aber durch die Bockbeinigkeit der Beteiligten arg erschwert wird, ist ja selbstverständlich. Ist diese Zersplitterung nun traditioneller Art, so weiß man wirklich nicht, was man zu dem Schwabenstreich sagen soll, den das Dutzend Bäckermeister geplant hat mit der „Inslebenrufung" einer Innungskrankenkasse der Bäcker- und Konditoren-Zwangsinnung. Fast möchte einem die Genehmigung des Bezirksausschusses „aus weiter Ferne" einleuchten, daß aber der Magistrat nicht den „Gründern" Klarheit darüber schaffte, wie sie die seither in der Handwerker-Ortskrankenkasse Versicherten schwer schädigen, indem sie in ihrer Miniatur-Innungskrankenkasse niemals gleiche Leistungen zu erreichen imstande sein werden, will erst begriffen sein. Diese Gründer-Lust — um nicht zu sagen „Leichtsinn" — erregt allgemeines Kopfschütteln. Wenn der Magistrat in seinem Verwaltungsbericht für 1908 den 4. Februar — Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung betreffend Errichtung eines Gewerbegerichts — als Gedenktag in den Annalen der Stadt festzuhalten sucht, und dies mit Recht, so ist schier zu befürchten, daß im nächsten Jahre der Rückwärtserei im Krankenkassenwesen Erwähnung zu tun ist. Damit dies nicht geschehe, dafür wird das Gewerkschaftskartell Sorge zu tragen haben. —

Dann wies er auf den zweiten, einen sonnverbrannten Wildling, der in der Hand einen Prügel hielt, womit er gewöhnlich auf seine Brüder losdrosch. „Du wirst ein großer Krieger, ein mächtiger Anführer werden. Du wirst Menschen zur Schlachtbank schleppen wie eine Herde von Schafen und dessenungeachtet wird Dich die Menge bejubeln und wie einen Heiligen bewundern. Tränke die Felder in Blut, verwüste die menschlichen Siedlungen mit Feuer und Schwert, zerstöre, [illegible] und die Dichter werden Dich besingen und die Geschichtsschreiber Deine Taten verewigen. Aber alle jene, die nicht Du sein und dasselbe tun werden, wird man Verbrecher, Mörder nennen und in Ketten schmieden."

Beim dritten dachte der Herr einige Momente nach und sagte dann: „Du wirst ein Kaufmann sein, die Reichtümer der Welt aufsammeln, Dein Geld den Königen leihen und sie wie Deinesgleichen behandeln. Du wirst Menschen, Städte, Völker zugrunde richten und man wird Deine Geschicklichkeit in den Himmel heben."

Der arme Adam weinte vor Freude, während Eva augenscheinlich etwas auf dem Herzen hatte, mit dem herauszurücken sie sich nicht traute. Sie sah unruhig und ängstlich drein. In ihrem Mutterherzen fraß die Reue; sie dachte an die armen, in den Stall gesperrten Söhne, die von der Verteilung der göttlichen Gaben ausgeschlossen sein sollte.

„Ich werde sie rasch herbeiholen," flüsterte sie ihrem Manne zu. Und dieser, folgsam wie gewöhnlich, murmelte zaghaft: „Es ist zu gewagt. Der Herr wird böse werden."

Gerade in diesem Augenblick drängte der Erzengel Michael, der nur widerstrebend die Hütte des [illegible] Menschenpaares betreten hatte, den Herrn zum Aufbruch. „Herr, es ist schon spät."

Der Herr erhob sich und trat vor die Hütte. Die Erzengel flogen von den Bäumen herab und verneigten sich.

Eva aber, von der Reue getrieben, lief zum Stalle und öffnete dessen Tür. „Ich habe noch mehr Kinder, o Herr!" rief sie. „Sei gnädig und gib auch ihnen etwas!"

Der Allmächtige betrachtete mit Erstaunen die schmutzstarrenden Rangen, die wie Ameisen auf dem Düngerhaufen herumkrochen.

„Ich habe nichts mehr zu vergeben," sagte er. „Ihre Brüder haben schon alles bekommen. Vielleicht später einmal."

Der heilige Michael schob Eva, damit sie den Herrn nicht weiter belästige, beiseite. Sie lief ihm aber nach und jammerte: „Wenn Du ihnen nur eine Kleinigkeit geben möchtest, o Herr! Was sollen denn diese Armen sonst auf der Welt tun?"

Da wandte sich der Herr um.

„Sie haben schon ihre Bestimmung," sagte er. „Sie werden dazu da sein, um den andern zu dienen und sie zu erhalten."

„Und von diesen Unglücklichen," beendete der alte [illegible] seine Erzählung, „die die erste Mutter in den Stall gesperrt hatte, stammen wir alle ab, die wir unter dem Joch gezwungen leben müssen." —

Unstrut und Saale.

Straußfurt .	16. Febr.	+ 1.45	17. Febr.	+ 1.40	0.05	—
Weißenfels Untp.	„	+ 0.92	„	+ 0.88	0.04	—
Trotha . . .	„	+ 2.60	„	+ 2.60	—	—
Alsleben . . .	„	+ 2.40	„	+ 2.14	0 26	—
Bernburg . . .	„	+ 2.00	„	+ 1.77	0.23	—
Kalbe Oberpegel	„	+ 1.88	„	+ 1.82	0.06	—
Kalbe Unterpegel	„	+ 1.86	„	+ 1.62	0.24	—

Vereins-Kalender.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 20. Februar, abends 8¼ Uhr, bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. 981

Deutscher Maurer-Verband, Zweigverein Magdeburg. Unsre Generalversammlung findet am Dienstag den 23. d. M., abends 5½ Uhr, im „Luisenpark" statt. Näheres noch durch Inserat am Sonnabend. 978

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg), Filiale Sudenburg. Am Sonntag den 21. Februar, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei A. Naumann, St.-Michael-Straße 16. 982

Burg. Zentralverband der Schuhmacher. Unsern kranken und arbeitslosen Mitgliedern zur Kenntnis, daß die diese Woche fällige Kranken- bzw. Arbeitslosen-Unterstützung erst am Montag den 22. d. M., nachmittags von 2 Uhr an, ausbezahlt wird. 985

Wernigerode. Sozialdemokratischer Wahlverein. Am Sonntag den 21. Februar, nachm. 3½ Uhr, Versammlung im „Fürsten Bismarck".

Briefkasten.

Alte N.: Wilhelm Franke, Dreher, Wolfenbüttler Straße 3, I.

Marktberichte.

Magdeburg, 17. Febr. Die heutigen Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen 22,00—26,00. Speisebohnen (weiße) 21,00 bis 34,00. Linsen 20,00—34,00. Eßkartoffeln 5,50—8,00. Richtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 2,50—3,50. Heu 5,50—6,50. Alles für 100 Kilo. Rindfleisch im Großhandel 0,98—1,28, von der Keule 1,40—1,60, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,40 bis 1,70. Kalbfleisch 1,40—1,70. Hammelfleisch 1,30—1,60. Speck (geräuchert) 1,60—1,80. Eßbutter 2,50—2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 5,00—5,60. —

Lange & Münzer

Breiteweg 5la

Fortsetzung unsrer billigen Preise für Weiße Waren!

Nur soweit Vorrat!

Weiße Zierschürzen mit Stickerei-Träger u. ringsherum Stickerei jetzt **75** Pf.

Weiße Hausschürzen mit Volant, Stickereiatz, Träger und Tasche jetzt **1.15**

Weiße Zierschürzen aus Lochstickereistoff mit Stickereivolant . . jetzt **98** Pf.

Weiße Zierschürzen mit Stickereivolant u. Einf. sow. Stickereiträger jetzt **1.35**

Weiße Damen-Handschuhe ca. 40 cm lg., durchbrochene Dessins jetzt Paar 35 u. **18** Pf.

Gelbe Damen-Handschuhe ca. 40 cm lg., Mousquetaire (Wildled.-Imit.) Paar 98 u. **54** Pf.

Weiße Seidenbänder ca. 11 cm breit . . . . . Meter 42 u. **35** Pf.

Weiße Seidenstoffe enorm billig!

Sehr billig — Ein großer Posten **Weiße Seidenmullblusen**

Serie I Wert 5.50 **3.25**

Serie II Wert 6.00 **3.75**

Vorderteil sehr reich mit Stickereien und Einsätzen, moderner langer Fältchenärmel mit Valenciennes, Kragen und Aermel mit Rüsche . . . . . .

Weiße Spitzenblusen modern gemust. Tüll, Vorderteil m. Spachtelmotiven vornehm garn., m. Hals- u. Aermelrüsche, auf Seidenmull gearb. **4.25**

Weiße Spitzenblusen neue Phantasiemuster, Vorderteil mit Spachteleinsätzen und Ornamenten besetzt, ganz gefüttert **4.75**

Weiße Spitzenblusen mod. Tüll in vielen Mustern, m. breit. Spachteleinsätzen und Spitzen längs garniert, auf Seidenmull gearbeitet . **5.75**

Weiße Spitzenblusen modern. Spitzenstoff, Vorderteil und Aermel mit Spachteleinsätzen, Banddurchzug und Schleifen garniert, gefüttert **6.50**

Weiße Untertaillen aus Stickereistoff und Stickereiträger . . . . . jetzt **65** Pf.

Weiße Untertaillen aus eleganten Stickereistoffen, mit Banddurchzug und Stickereiträger . . . . . jetzt **85** Pf.

Preisermässigung!

Toepfers Butter-Ersatz **oTö** Toepfers Butter-Ersatz

-Margarine

kostet von heute an **nur 90 Pfg. das Pfund** mit 10 Prozent Rabattmarken.

Otto Toepfer Butterhandlung Zu den drei Kronen

Verkaufsstellen für oTö: 3677

Breiteweg 226, Alter Markt 32, Gr. Diesdorfer Str. 217.

Eine dunkel furnierte Wirtschaft 3607

— besonders gut und billig — für **285 Mark** zu verkaufen. Dieselbe besteht aus Stube, Kammer und Küche, als: Kleiderschrank, Vertiko, hocheleg. Sofa, Sofatisch, 4 Stühle, Pfeilerschrank u. Spiegel od. Trumeau, 2 Bettstellen, 2 Matratzen, Waschtoilette, 2 Stühle, Handtuchhalter, Küchenschrank mit langen Scheiben, Tisch od. Anrichte, 2 Stühle, großes Rick und Handtuchhalter. Sämtliche Sachen verkaufe auch einzeln und können dieselben bis zur Abnahme stehenbleiben. Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet! — Transport frei Haus.

Fr. Lorenz, Magdeburg — Peterstraße 17 —

Möbelfuhren für Stadt und Land per Bahn ohne Umladung empfiehlt

Rudolf Eigenwillig sen. M.-Sudenbg., Halberstädter Str. 68 3589 — Fernsprecher 7005 —

Zur Beachtung! Messer u. Scheren werden sauber geschliffen, auch Kaffeemühlen geschärft. **G. Kuhnen,** Neuhaldensleber Str. 15b, 2 Tr. 3662

Billigste, selbstgestrickte **Strümpfe** erhält man bei **F. March, Breiteweg 93, I.**

3526 **Romane** zu verleihen Tränsberg 23.

Staßfurt. 3647

Durch einen günstigen Gelegenheitskauf, unter dem sich auch sehr schöne Stoffe zu **Konfirmandenkleidern** befinden, sind wir in der Lage, alles zu bekannt billigen Preisen abzugeben.

Arndtstein & Isaacsohn

Steinstraße 11.

Freitag — Sonnabend — Sonntag

kommen zu nachstehenden billigen Preisen in nur guter Schlachthofware zum Verkauf: 3681

ff. Hammelfleisch . . . . . Pfd. **60** u. **70** Pf.
Schweinefleisch: Schinken, Nacken, Blatt . . . Pfd. **75** Pf.
Bauch . . . . . Pfd. **70** Pf.
Prima Rindfleisch: Zum Schmoren u. Kochen Pfd. **50—70** Pf.
Schieres . . . . . Pfd nur **80** Pf.
Kalbfleisch . . . . . das Pfd. von nur **60** Pf. an
Gehacktes Pfd. **70** Pf., ff. Rot-, Leber- und Sülzwurst Pfd. **70** Pf.

Th. Berkholz, Tischlerkrugstrasse 17 drittes Haus von der Jakobstraße

Caramel-Malz-Bier „Kraft-Gesundheits-Bier"

reich an Extrakt, arm an Alkohol, nahrhaft und stärkend, für Kranke, Genesende, Wöchnerinnen und Kinder 2c., auch Gesunde, empfiehlt 3598

Reinh. Hauptmann

Vertreter der Brauerei Schrader & Otto, Egeln.

Fernsprecher 4580. Fürstenufer 18.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Große Münzstraße 3, I. — Fernsprecher 1912.
Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 bis 12 Uhr, am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

Sonnabend den 20. Februar, abends 8½ Uhr

Versammlung

für die **Mitglieder** des **Bezirks Wilhelmstadt** im **Luisenpark,** Spielgartenstraße 1c.

Auf der Tagesordnung steht:
1. **Vortrag** des **Kollegen** Louis Hähnsen. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wir erwarten von unsern Mitgliedern in Wilhelmstadt, daß sie alle ohne Ausnahme, für einen imposanten Besuch dieser Versammlung Sorge tragen.

Außerdem weisen wir darauf hin, daß für die **Branche der Installateure und Klempner** im Saale des „Sachsenhofs", Große Storchstraße 7, ein **Wintervergnügen** stattfindet. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Einlaßkarten à 20 Pf. sind an der Abendkasse noch zu haben.

Im Sterbeanhang ist das Feld 148 fällig.

Mit Gruß **Die Verwaltung.**

Allg. Ortskrankenkasse Magdeburg

Einladung

zur Mitglieder-Versammlung

am Sonntag den 21. Februar 1909, vormittags 11 Uhr, im „Fürstenhof", Eingang Viktoriastraße, großer Saal.

Tagesordnung:
1. Der Rückgang der Kassen- und Finanzverhältnisse der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Referenten: Alwin Brandes, Vorstandsmitglied; Erich Wendlandt, Kassen- und Rechnungsführer.
2. Diskussion.

Wir laden die Kassenmitglieder zu dieser Versammlung hierdurch noch besonders ein. — Der Zutritt ist nur gegen Abgabe von Legitimationszetteln, welche den Kassenmitgliedern durch die Arbeitgeber ausgehändigt werden, gestattet.

Freiwillige Mitglieder wollen sich die Legitimationszettel im Kassenbureau gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs abfordern.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 3675

Der Vorstand.
R. Tischer, stellvertr. Vorsitzender.

Arbeiter-Bildungsausschuß Magdeburg.

Montag den 22. Februar, abends pünktlich 8½ Uhr
3654 **im Saale des „Luisenparks", Spielgartenstr. 1c**

Großer Lichtbilder-Vortrag

Herr Kahl aus Frankfurt a. M. spricht über das Thema:

Die Größe des Weltalls und der Sinn des Naturganzen.

Einlaßkarte 20 Pf. Saalöffnung 7½ Uhr.

Zu diesem hochinteressanten Vortrag wird zahlreicher Besuch erwartet.

Osterwieck.

Sozialdemokratischer Verein

Sonnabend, 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jünemann:

Mitglieder-Versammlung

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 3672

Der Vorstand.

Burg. Walhalla-Theater. Burg.

Kinematograph.

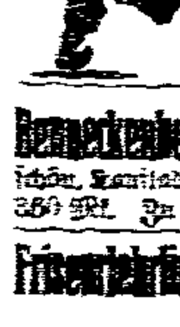
Heute neues Prachtprogramm **(Klasse Ia).**

1. **Neu! Die Hand.** Kunstfilms (Films de la société d'Art) Drama, gespielt von Fr. Charlotte Wiehe, Max Dearly und H. Tenquet vom Vaudeville-Theater in Paris.
2. Herr Pomade auf Liebespfaden. Humoreske.
3. Der vertrauliche Wink. Packendes Drama.
4. Die lustigen Modistinnen. Komisch.
5. **Rückkehr des Zuchthäuslers.** Ergreifendes lebenswahres Drama.
6. Der Landratssohn auf dem Bummel. Urkomisch.
7. **Die Affäre Steinheil in Paris.** Sensationsdrama.
8. **Einzug des engl. Königspaare am 9. Febr. in Berlin.** Aktuell.
9. Lustige Studentenstreiche. Zum Totlachen!
10. Der Gelegenheitsarzt. Zum Umfallen!

Zu recht zahlreichem Besuch dieses mit sehr hohen Kosten zusammengestellten Sensationsprogramms I. Klasse ladet ergebenst ein
3674 **Otto Wohlfarth, Direktor.**

Gr.-Ottersleben

Männer-Turnverein Jahn.



Sonntag, 21. Februar 1909
im Strumpfschen Lokale 1551

Großer Maskenball.

Benneckenbeck. Frdl. gel. Wohn., 114 bis 140 Mk., schön. Laufladen mit Invent., Wohn. 350 Mk. Zu erfr. b. Gastwirt Böde.

Friseurlehrling sucht F. Stöger, Neust. Schmiedstr. 15

Jeden Freitag **Schlachtfest.** Alle Sorten frische Wurst.
S., Braunschweiger Straße 85.

Persil

Das vollkommenste selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wirkung. Pakete à 35 u. 65 Pf.
Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

Heute Freitag und morgen Sonnabend kommen bei mir ☛ Große Marktstraße 20

ca. 3000 Pfd. Prima Ochsenfleisch

(kein Kuhfleisch) zum Verkauf. Ich offeriere davon zu

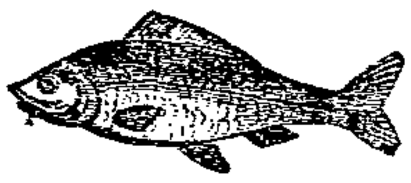
Ausnahmepreisen:

Schmorbraten, Roastbeef à Pfd. nur 70 Pf. Suppenfleisch à Pfd. 50–55 Pf. Rouladen . . à Pfd. 85 Pf.
ff. Kalbfleisch . . . . à Pfd. von 50 Pf. an.
Prima Schweinefleisch à Pfd. von 50–75 Pf.

Ferner offeriere: 3680

Zartes Wildschwein . . . . à Pfund von 30 Pf. an
Wildbratenfleisch . . . . . à Pfund von 50 Pf. an
Rehbrust, Rehhals à Pfd. 30 Pf. | Wildragoutfleisch à Pfd. 25 Pf.
Rehkeulen ▪ Rehrücken ▪ Spießerkeulen ▪ Spießerrücken
300 Stück Wildenten . . . . à Stück von 60 Pf. an
Nordisches Renntierfleisch à Pfund von 30 Pf. an

R. Bosse, Große Marktstraße 20.



Empfehle täglich frisch aus dem Rauch **echte Kieler Bücklinge Aale, Stör, Dorsch und Lachs** stets Riesenauswahl darin.
Bekannt billigste Bezugsquelle für Restaurateure und Wiederverkäufer.
In nur allerfeinsten Qualitäten **Bratheringe, Rollmops Bismarckheringe, Stralsunder Aalbricken, russische Sardinen.**
Fisch-Großhandlung
Aug. Richter
Magdeburg, Breiteweg 89/90
Fernruf 2953. 3517
Prämiiert Kochkunstausstellung 1907.

Burg. Selbsteing. **Grüne Bohnen** sow. **fr. Landeier** empfiehlt zum billigsten Tagespreis
Fr. Karnbach, Kapellenstr. 7.

Thale.

Sonntag den 21. Februar, nachmittags 3½ Uhr, im Lokal Zur grünen Tanne:

Oeffentliche Freireligiöse Versammlung!

Thema:

Gibt es einen Gott?

Ref.: Dr. G. Kramer (Magdeburg).
Nach dem Vortrag: Freie Diskussion.
Anhänger aller Konfessionen sind zur Teilnahme an dieser interessanten Versammlung eingeladen, die Herren Geistlichen haben schriftliche Einladung erhalten. 3671

Der Einberufer.

Arb.-Turnverein Jahn, Frohse

(A.-T.)

Unser diesjähriges Vergnügen verbunden mit 3673

Kappenfest

findet am Sonnabend den 20. d. M. unter Mitwirkung des Arb.-Musik- und Arb.-Radfahrervereins statt. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Fürstenhoftheater (Dir. Müller-Lipart.) Eing. Prälatenstraße. **Ich hab kein Geld. Das Rendezvous** Det.-Kom. a. d. Serie e. berühmt. Detektivs u. d. neue reichhaltige Spezial.-Spielplan. Vorzugskart. gelten. Nächste Woche Forts. d. obig. Detektivstück.

Die deutsche Kaninchenzucht
nebst
Anleitung zur Zucht.
Preis statt 1.50
nur 75 Pf.
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Vogelzüchter! Feinste süße Rübsaat Pfd. nur 22 Pf., **Glanz** Pfd. nur 15 Pf. bei **G. Schubert,** Drog., Sudenb.

Eckrestaurant

im Fabrikviertel, sichere Existenz für Parteigenoss., anderw. zu verpachten. Volle Konzession. Bierumsatz 300 hl 50 hl Schnaps, sehr viel andre Getränke. Zahlungsf. Reflekt. erf. Näh. d. **Bergweiler,** Halle a. S., Torstr. 44

Bäcker-Lehrling gesucht. Bäckerei **Wilh. Wiedenbach** Sieverstorstraße 21. 1652

ZENTRAL-THEATER

Das

Tagesgespräch Magdeburgs

bildet nach wie vor

Bernhard

Mörbitz

Außerdem:

Salerno

der Meister-Jongleur usw.

Sudenburg, Wolfenbüttler Str. 15
Franz Thieles Elektro-Kinetoscopé
Vorzugskarten gelten bis auf weiteres an den Wochentagen bei Zahlung von 10 Pf. Auch diese Annonce gilt als solche. 3648
Jede Woche neues, bis jetzt noch nicht gezeigtes Programm.
An den Sonntagen extra ein Programm, welches immer nur den einen Tag gezeigt wird.

Stadt-Theater.

Freitag den 19. Februar 1909
(außer Abonnement)
Der Ring des Nibelungen.
3. Abend
Die Götterdämmerung.
Sonnabend den 20. Februar 1909
Vater und Sohn.
Sonntag den 21. Februar 1909
(außer Abonnement)
Carmen.

Stephanshallen

3479 Dir. Rich. Froherz
Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung
Streng dezentes Programm für Familien-Publikum

Wilhelm-Theater

Freitag den 19. Februar 1909
Benefiz für Walter Herrling
Der Zigeunerbaron.
Sonnabend: **Der tapfere Soldat.**
Sonntag den 21. Februar nachmittags 3¼ Uhr
Bub' oder Mädel?
Abends 7½ Uhr
Die Dollarprinzessin.
Montag: **Der fidele Bauer.**

Eldorado

Große Junkerstr. 12.
Täglich abends 8 Uhr:
Familien-Vorstellung

Benneckenbeck.

Gasthof zum weißen Schwan

Jeden Sonntag Großer Tanz
mit großartiger Aufführung von **Pyramiden und Gruppen**
ausgeführt von den
Freien Turnern Benneckenbecks.
Freundlichst ladet ein 1631
Witwe Hoppe.
Fernsprecher 4590.

ZIRKUS

Heute 8¼ Uhr
Die neuen Spezialitäten!
Infolge der großen Entscheidungskämpfe Beginn der Kämpfe
schon um ¼10 Uhr!
Heute **abend** ringen:
Jack Lewis gegen **Schwarz**
Altmann gegen **Sabatier.**
Ferner **erstes Auftreten** von
Michael Hitzler
gegen
Apollon de Colosse.

A. v. Woysky
approb. Apotheker, heilt alle Krankh., spez. Geschlechtsleid., Flechte, rheum. Leiden, von jetzt ab **Kaiserstr. 14, I,** a. Bahnh., 10-1, 3-4.

Réunion Vineta 30
beste 3-Pfg.-Zigarette.

Am Mittwoch den 17. d. M., früh um 9 Uhr, starb nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Porzellanmaler

Paul Häusler

im 53. Lebensjahre.

Die trauernd. Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 20., vormittags ½12 Uhr auf dem Buckauer Friedhofe statt. 1634

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 17. Febr.

Aufgebote: Fabrikschmied Hermann Stephan mit Anna Fritzsche. Lehrer Bruno Karl Gustav Schlesiger hier mit Angelika Anastasia Zugowski in Thale. Kaufmann Herm. Hochkirch mit Emma Strube. Vizefeldwebel Gustav Krull mit Pauline Jenzsch. Schankwirt Reinhold Trosse in Köthen mit Luise v. Westernhagen hier.

Eheschließung: Oekonomie-Inspektor Theodor Kalthoff mit Anna Sonneborn.

Geburten: Liselotte, T. des Eisenbahn-Sekretärs Karl Saftien. Hans-Joachim, S. des Hauptmanns Johannes Weidlich. Gertraud, T. des Kaufm. Franz Wiegand. Jochen-Klaus, S. des Leutnants Gotthold Schäfer.

Todesfälle: Witwe Emilie Bode geb. Siebert, 60 J. 1 M. Gertrud, T. des Arbeiters Hermann Lindecke, 8 M. 25 T. Käthe, T. des Schneiders Otto Klocke, 2 M. 7 T. Irma, T. unehelich, 5 M. 15 T.

Sudenburg, 17. Februar.

Aufgebote: Arbeiter Wilhelm Karl August Huthmann mit Agnes Emilie Lüke. Former Herm. Gustav Brennecke mit Auguste Johanne gen. Therese Kater. Dreher Otto Karl Wilhelm Hoppe mit Frida Auguste Gehrke. Arbeiter Karl Friedrich Most mit Anna Marie Schick.

Geburten: Paul, S. des Arb. Friedrich Apel. Paul, S. des Arb. Paul Mömes. Willi, S. des Masch.-Schlossers Gustav Maßmann.

Todesfälle: Martha Elisabeth Hildegard, unehel., 1 M. 8 T. Ehefrau des Eisendrehers Siegfried Frischmann, Berta geb. Vulpius, 46 J. 6 M. 3 T.

Buckau, 17. Februar.

Geburten: Gerhard, S. des Monteurs Karl Stockfisch. Elli, T. des Schlossers Theodor Tumpe.

Todesfälle: Porzellanmaler Paul Häusler, 52 J. 4 M. 9 T. Kurt, S. des Revolverdrehers Wilhelm Trippler, 4 M. 23 T.

Neustadt, 17. Februar.

Aufgebot: Former Hermann Gustav Richard Starcke mit Alwine Martha Preuße.

Eheschließung: Arbeiter Heinrich Lauenroth mit Anna Oelze.

Geburten: Bruno Alfred, S. unehelich. Ernst, S. des Arbeiters Ernst Rothkirch. Erich, S. des Schlossers Friedrich Borcherts. Johanna, T. des Schneiders Otto Hesse. Albert u. Herbert, Zwillingssöhne des Arbeiters Karl Zilliger. Ernst, S. des Arb. Erich Voigt.

Todesfälle: Ehefrau des Maschinisten Wilhelm Schamburg, gen. Schaumburg, Anna geb. Köhler, 35 J. 7 M. 10 T. Witwe Henriette, Charlotte geb. Meyer, 79 J. 6 M. 21 T. Elisabeth, T. des Packmeisters Wilhelm Döring, 11 M. 1 T.

Wichersleben.

Geburten: T. des Maurers Friedrich Becker. T. des Eisenhoblers Gottfried Wolf. T. unehel.

Todesfall: Witwe Henriette Pupke geb. Just, 85 J. 11 M. 23 T.

Quedlinburg.

Vom 10. bis 16. Februar.

Aufgebote: Gärtner Otto Riemann mit Frida Sterz. Kellner Reinhold Katterfeld mit Margarete Fricke. Geschirrführer Karl Oettingshausen mit Minna Echtermeyer.

Eheschließungen: Kaufm. Martin Franz Karl William Mahlmann mit Anna Schnabel. Bahnmeister-Diätar Paul Howeg in Vienenburg mit Hedwig Lina Anna Therese Dietrich hier. Wirtschaftsinspektor Ehrenfried Hugo Arnhold Barschel mit Friederike Wilhelmine Anna Försterling. Arbeiter Friedr. Walter Schulze mit Rosa Walli Dörsing.

Geburten: S. des Arbeiters Oskar Kuhl. S. des Gärtners Gust. Westphal. T. des Gärtners Richard Mühlberg. T. des Formers Fritz Ehrig. S. des Kesselschmieds Joseph Dudek. T. des Packers Adolf Böttcher. S. des Arbeiters Franz Gummert. S. des Tischlers Wilhelm Fessel. S. des Lehrers Paul Buttler. T. des Klempners Karl Dillge. S. des Arbeiters Louis Westphal. S. des Gärtners Karl Klump. T. des Arb. Ludwig Kleie. S. des Landwirts Friedrich Bromm. T. des Fabrikarbeiters Hermann Reinhardt. T. des Arbeiters Friedrich Weinberg. T. des Arbeiters Friedrich Juhe. T. des Gärtners Karl Körige. S. des Klempners Gustav Meyer. T. des Arbeiters Karl Große. S. des Geschirrführers Friedrich Golf. T. unehel., 3 Std.

Todesfälle: Tischlermeister Theodor Linde, 59 J. Walter, S. des Arbeit. Hermann Fuchs, 8 M. Witwe Ida Schmidt geb. Meyer, 71 J. Walter, S. des Gärtners Karl Ebert, 1 M. Witwe Magdalene Zander geb. Freyberg, 78 J. Witwe Dorothee Mämecke gesch. Feyer geb. Riemann, 61 J. Invalide Karl Hentel, 66 J. Gertrud, T. des Fabrikarbeiters Otto Lumme, 3 J.

Réunion Vineta 30
beste 3-Pfg.-Zigarette.

Deutschland.

Liberale Drohungen. Die nationalliberale Presse hält dem Schatzsekretär Sydow vor, daß seine ganze bisherige Tätigkeit eine Kette von Mißerfolgen gewesen sei. Für die Liberalen liege keine Veranlassung vor, den Konservativen noch weiter entgegenzukommen, und alles auf Matrikularbeiträge zu legen. Der Artikel schließt: „Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden; die Liberalen haben gerade genügend Entgegenkommen gezeigt. Nunmehr ist es Sache der Konservativen und der verbündeten Regierungen, auch ihrerseits den so oft betonten guten Willen in die Tat umzusetzen. Die Liberalen trifft keine Schuld, wenn die Reform scheitert." —

Der Steuerschacher. Die Subkommission, die eine Form der direkten Steuern finden soll, die auf eine Mehrheit im Reichstag rechnen kann, ist bisher zu keinem Resultat gelangt. Die vertraulichen Verhandlungen werden am nächsten Freitag fortgesetzt und man rechnet damit, daß die Konservativen zugänglicher sein werden, sobald erst die Tagung des Bundes der Landwirte ihr Ende erreicht hat. In diesem Zusammenhang wird auch bestritten, daß Kohlensteuer und Kaffeezoll als Ersatz für die Nachlaßsteuer in Betracht kommen soll. —

Die Entwicklung des Kohlenbergbaus in Preußen. Der „Reichsanzeiger" (Nr. 41, vom 17. Februar) veröffentlicht eine vorläufige Uebersicht über die Ergebnisse des Steinkohlenbergbaus in Preußen für das Jahr 1908 und stellt die Ergebnisse in Vergleich mit den Resultaten von 1907. Danach ist im Steinkohlenbergbau die Zahl der Werke von 269 auf 267 zurückgegangen; die Belegschaft aber von 500 643 auf 547 321 Mann gestiegen. Natürlich ist auch die Förderung und der Kohlenabsatz wesentlich gestiegen, und zwar die Kohlenförderung von 134 033 231 Tonnen auf 138 994 218 Tonnen. Der Absatz ist gestiegen von 126 809 382 auf 130 482 600 Tonnen. — Im Braunkohlenbergbau ist die Zahl der Werke um 6 gestiegen, und zwar von 364 auf 370. Eine durchgehende Steigerung der Belegschaft, der Förderung und des Absatzes ist dabei natürlich auch zu verzeichnen. Die Belegschaftszahl stieg von 53 964 auf 59 337. Die Förderung betrug 1907 52 973 731, im letzten Jahre 55 464 913 Tonnen. Der bei den Braunkohlen sich in größerem Abstand von der Förderung haltende Absatz betrug 1907: 41 042 655, 1908: 42 639 323 Tonnen. —

Zur Untersuchung in Sachen „Radbod". Die Verwaltung von „Radbod" hat in einer umfangreichen Erklärung die Angaben des Kongreßdelegierten Thomas über die Zustände auf Zeche Radbod zu entkräften versucht. Bezüglich der von Thomas erwähnten Hilferufe Eingeschlossener wird in der Erklärung der Verwaltung versichert, daß allen, die um Hilfe gerufen, Hilfe geworden sei. Dazu bemerkt jetzt die „Bergarbeiterzeitung", sie sei in der Lage, einen Bergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe von „Radbod" folgenden Dialog gehört hat und bereit ist, dies zu beschwören. Bergrevierbeamter Holländer: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?" Direktor Andree: „Was lebt, das lebt, wir müssen raus!" Die Bergarbeiter-Zeitung schreibt: Wir sind bereit, eventuell der Staatsanwaltschaft den Namen des betreffenden Bergarbeiters zu übermitteln. Dieser soll übrigens nicht der einzige Ohrenzeuge dieses Gesprächs sein. —

Aus dem oldenburgischen Landtag. Regierung und Landtagsmehrheit stimmten einer Petition des Gemeinderats von Osternburg zu, die Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Linderung der Not verlangte. Man verwahrte sich aber dagegen — „der Konsequenzen wegen" — außer Beschaffung von Arbeitsgelegenheit etwa finanzielle Mittel an die Gewerkschaften oder an die Gemeinden zu geben. Die Abgg. Schulz (Soz.) und Hug (Soz.) erörterten bei dieser Gelegenheit Wesen und Ursache der Krise. Mit bloßem Wohlwollen ist den Hungernden nicht gedient, man müsse auch finanzielle Opfer bringen. — Eine weitere Verlängerung des Landtags steht in Aussicht. —

National-litauische Bewegung. Die Litauer werden am 23. d. M. in Szibben im Kreise Heydekrug zu einem Parteitag zusammentreten. Der Zweck dieser Aktion ist die gänzliche Loslösung von den Konservativen. Die Nationalliberalen scheinen den Bestrebungen der Litauer nicht fernzustehen, den nur mit deren Hilfe konnte der Nationalliberale Schwabach gewählt werden. Die konservative Presse weist auch bereits darauf hin, daß eine nationallitauische Bewegung gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen werde: gleichzeitig wird auch berichtet, daß die polnische Bewegung in Ostpreußen im Anwachsen begriffen sei. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. Februar 1909.

Protest gegen die Biersteuer.

Unter äußerst starker Beteiligung aller Interessenten tagte am Mittwoch nachmittag im großen Saale des „Konzerthauses" eine Protestversammlung gegen die geplante Biersteuer. Bierbrauereibesitzer, Selters-, Brauselimonaden- und Zigarrenfabrikanten, auch aus der Provinz, Maschinenfabrikanten und andre Industrielle, vor allem aber die Gastwirte und verwandten Berufe, hatten den großen Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Dem Besuch nach zu schließen, ließ also die Versammlung nichts zu wünschen übrig.

Um 3¼ Uhr eröffnete der Syndikus des Vereins der Brauereien von Magdeburg und Umgegend, Herr Direktor Nagel, die Versammlung. Er wies einleitend auf die Bedeutung der geplanten Brausteuer hin und betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammengehens aller Interessenten, um diese ungerechte Steuer zu Falle zu bringen. Während allein die sieben größern Magdeburger Brauereien jetzt schon 588 630 Mark an Steuern aufzubringen hätten, müßten dieselben Brauereien nach Inkrafttreten der neuen Biersteuer 1 395 478 Mark entrichten. Dies sei eine ganz unerhörte Belastung, die verhindert werden müsse. Bemerkenswert sei, daß die verschiedenen Eisenbahndirektionen mit schuld an dem ständigen Zurückgehen des Bierumsatzes seien, indem sie selbst die Fabrikation alkoholfreier Getränke wie Selterswasser und Brauselimonade betreiben und diese Getränke zum Selbstkostenpreis an die Angestellten und Arbeiter abgeben. Nach der Mitteilung, daß die eingeladenen Reichstagsabgeordneten der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt am Erscheinen verhindert seien, weil in Berlin eine wichtige Sitzung wegen der Finanzreform stattfindet, erhielt der Hauptredner, Herr Dr. Wallburg (Berlin), Direktor des Schutzverbandes der Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft und verwandter Gewerbe, das Wort.

Redner verbreitete sich zunächst über die Ursachen, die bestimmend gewesen waren, den Schutzverband zu gründen. Obwohl erst seit einem Jahre bestehend, gehörten jetzt bereits 73 Verbände und Unterverbände, die weit über 100 000 Gastwirte als Mitglieder zählen, dem Verband an. Es müsse dahin gewirkt werden, den Verband mindestens ebenso einflußreich zu gestalten, wie es den Agrariern mit dem Bunde der Landwirte gelungen sei. Dazu sei aber nötig, daß alles Trennende beiseitegeschoben und das Einigende in den Vordergrund treten müsse. Sollte es dahin kommen, daß der Verband im Verfolg seiner Zwecke schließlich gezwungen sei, mit den extremsten Parteien zusammenzugehen, so trüge einzig und allein die Regierung die Schuld, weil sie fortgesetzt das Braugewerbe beunruhige. Weiter wies Redner darauf hin, welchen Schaden die drohende Biersteuer unter Umständen auch für die gesamte Landwirtschaft haben könne. Allein das norddeutsche Brauereigewerbe lasse der Landwirtschaft 300 Millionen Mark zufließen. Auf 80 Millionen Mark belaufen sich die Staats- und Kommunalsteuern und auf 130 Millionen Mark die Gehalte und Löhne, die von den norddeutschen Brauereien gezahlt werden. In diesen doch immerhin gewaltigen Industriezweig lasse nun die Regierung keine Ruhe kommen. Schon heute mache sich eine außerordentliche Unsicherheit im Brauereigewerbe bemerkbar. Nirgends wagt man Bestellungen für Neuanschaffungen zu machen, weil keiner weiß, wie sich das Geschäft nach Annahme der Steuer gestaltet. Als eine „Reform" könne man die neuen Steuervorlagen unmöglich bezeichnen, im großen sowenig wie im kleinen.

In großen Zügen behandelte der Referent die Situation und die Kämpfe des Jahres 1906, wo das Bier mit einem Steuermehr von 80 Millionen Mark herangezogen worden sei. Schon damals sei allgemein gesagt worden: Bis hierher und nicht weiter! Ungerecht müsse es genannt werden, wie die Regierung der Landwirtschaft bei jeder Gelegenheit ein außerordentliches Entgegenkommen zeige, während das Brauereigewerbe aus den Bedrückungen nicht herauskomme. Mehr Gewerbesteuer als jetzt könne der Gastwirtstand auch nicht bezahlen. Dieser sei am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt.

Interessant war folgende Aeußerung des Redners: „Die Brauereien sind sich jetzt, im Gegensatze zu 1906, einig, wenn also die Konsumenten darauf spekulieren, daß die Brauereien oder die Gastwirte die neue Steuer bezahlen, dann haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht!" Das läßt also darauf schließen, daß man die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen versuchen wird. Nach der zahlenmäßigen Anführung der wirtschaftlichen Verheerungen, die die Biersteuer im Jahre 1906 unter den Brauereien und Gastwirten angerichtet habe und die projektierte Steuer anrichten werde durch die eintretende Konsumverminderung, forderte der Redner die Anwesenden auf, auf dem Posten zu sein, damit — wenn möglich — die neue Biersteuer zu Falle gebracht wird. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner trat Herr Käppel (Halle) auf, Vorsitzender der provinzialsächsischen Zone des Deutschen Gastwirtsverbandes. Er schilderte die Kämpfe, die die Gastwirte im Jahre 1906 mit den Konsumenten zu bestehen hatten und stellte fest, daß die damalige Steuer von den Brauereien auf die Gastwirte abgewälzt worden sei, da die Konsumenten nicht mehr zahlen wollten. Werden die Gläser kleiner oder die Preise höher, geht der Konsum zurück. Abgesehen von der Nachlaßsteuer treffen die übrigen vorgeschlagenen Steuern der „Finanzreform" fast ausschließlich den Gastwirtstand. Es sei bedauerlich, daß außer den Sozialdemokraten alle übrigen Parteien sich nicht strikt für Ablehnung der Biersteuer erklärt hätten.

Herr Ebert, Vorsitzender des Vereins der Bierverleger von Magdeburg und Umgegend, kritisierte das Verhalten der Regierung, die mit der Biersteuer geradezu eine große Anzahl von Angehörigen des Mittelstandes vernichte, aber trotz der leeren Kassen den Beamten Zulagen gäbe. Redner fordert eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer und Abschaffung aller indirekten Steuern. (Beifall.)

Als letzter legte der Arbeitersekretär Genosse Mössinger die kritische Sonde an die neue Biersteuer. Es sei geradezu ungeheuerlich, in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, wo Hunderttausende von kleinen und mittlern Existenzen ohne jede Arbeit und jeden Verdienst sind, mit derartigen Steuervorlagen zu kommen. Auf Grund der Mitteilungen des kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin wies Redner den Umfang der Arbeitslosigkeit zahlenmäßig nach und zeigte, wie durch die Zollpolitik der Agrarier die Lebensmittel eine außerordentliche Preiserhöhung erfahren hätten. Immer sind es die Aermsten der Armen, die die meisten Lasten zu tragen haben. Jedes indirekte Steuerverfahren müsse daher auf das entschiedenste bekämpft werden. Die Nachlaßsteuer kann als begraben angesehen werden. Ein Versuch, die neue Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen, müsse zu einem großen Kampfe führen. Mit den Worten: „Wenn Sie wieder einmal zur Wahl gerufen werden, dann seien Sie klüger als das letztemal!" schloß Mössinger seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Hierauf wurde einstimmig eine Protestresolution angenommen, in der es zum Schlusse heißt: „Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Erhöhung der Brausteuer zahlreiche Existenzen der Arbeitgeber vernichtet und Tausende von Arbeitern brotlos macht. Zur Verhütung dieser Folgen gibt die Versammlung der bestimmten Erwartung Ausdruck: Der hohe Reichstag werde die vorgetragenen schwerwiegenden Gründe anerkennen und der Regierungsvorlage seine verfassungsmäßige Zustimmung versagen." Mit der Aufforderung, im gemeinsamen Kampfe fest zusammenzustehen, wurde die Versammlung geschlossen. —

— **Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins** finden am Dienstag nächster Woche statt mit Ausnahme der Bezirke Neue Neustadt, Alte Neustadt und Sudenburg. Die Versammlungen für diese Bezirke müssen umständehalber im Februar ausfallen. —

— **Bevölkerungsbewegung.** Nach Mitteilung des Statistischen Amts der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 31. Januar bis 6. Februar 1909 die Zahl der Lebendgebornen 82 männliche, 64 weibliche, zusammen 146; Gestorbenen 52 männliche, 38 weibliche, zusammen 90; innerhalb der Stadt Umgezogenen (nach den Zuzugsmeldungen) 501 männliche, 515 weibliche, zusammen 1016; von auswärts Zugezogenen 347 männliche, 323 weibliche, zusammen 670; nach auswärts Fortgezogenen 339 männliche, 389 weibliche, zusammen 728; mit unbekanntem Ziele Fortgezogenen 171 männliche, 111 weibliche, zusammen 282; Eheschließungen 22. —

— **Magdeburg und der Wohnungsgeldtarif.** Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Mittwoch mit der Novelle zu dem Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß. Die Kommission beschloß bei der Gelegenheit u. a., die Stadt Magdeburg, die der Ortsklasse C zugeteilt war, in die Klasse B zu versetzen. Es ist wohl anzunehmen, daß das Plenum diesem Beschluß beitreten wird, so daß also der Wunsch der Magdeburger Beamtenschaft, der so lebhafte Debatten hervorrief, Erfüllung findet. Der Beschluß der Kommission dürfte auch auf die heutigen Debatten über die Frage in unserm Stadtparlament nicht ohne Einfluß sein. — Neben Magdeburg sind auch noch zahlreiche andre Orte in eine höhere Tarifklasse versetzt worden. —

— **Aufsehenerregende Verhaftung.** Wie wir gestern bereits mitteilten, erschoß sich hier in der Falkenbergstraße in seiner Wohnung der Bankier Dr. John. In Zusammenhang damit wird die plötzlich erfolgte Verhaftung des Kaufmanns Ferdinand Eichler (Inhabers der Firma Scheins u. Eichler) gebracht. Die Verhaftung erfolgte wegen Verdachts betrügerischer Unternehmungen in Kaliwerksgründungen, bei denen John sein in Brasilien erworbenes Vermögen verloren haben soll. —

— **Der Ausstand der Putzer der Firma R. Wolf** ist beendet. Sämtliche Putzer haben heute Donnerstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen. —

— **Festgenommen** wurden, wie der Polizeibericht meldet, die angebliche Dienstmagd Milda Z. aus Eibenstock, die gestern vormittag bei einer hiesigen Vermittlerin ein Dienstbuch gestohlen hat. Sie gibt an, in Sankt Niklas bei Zwickau aus dem Dienste gelaufen zu sein und ihr Dienstbuch dort zurückgelassen zu haben; und der Schlosser Paul S. gen. N. von hier wegen Vergehens aus § 181 a des Strafgesetzbuchs. —

— **Gestohlen** wurden in der Nacht zum 16. d. M. vom Hofe eines Grundstücks in der Mittagstraße drei Herrenhemden (zwei weiß- und blaugestreifte Barchenthemden und ein Normalhemd), ein rotgestreiftes Barchent-Frauenhemd und ein rotgestreifter Unterrock; am 16. d. M. in der Zeit von 4 bis 5 Uhr nachmittags aus einem Laden Am alten Brücktor ein Paar Herren-Schnürschuhe, und in der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachmittags aus einer Wohnung in der Rötgerstraße ein Zehnmarkstück, sowie am 17. d. M. aus einem Hausflur in der Kaiserstraße ein Fahrrad „Magada" mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen mit zwei schwarzen Streifen und nach oben gebogener Lenkstange.

— **Hat Harden in Magdeburg keine Zugkraft?** Der Herausgeber der „Zukunft", Maximilian Harden, will am Freitag in Magdeburg einen Vortrag über die politische Lage halten. Mit dem gleichen Vortrag hat er schon eine Reihe andrer Orte beglückt und überall eine große Zuhörerschaft gefunden, zum größeren Teil allerdings Neugierige, die einmal den „großen Mann" sehen wollten. In Magdeburg scheint nun Harden eine solche Zugkraft nicht auszuüben. Darauf läßt wenigstens eine „Ergebenste Einladung" schließen, die heute zahlreichen prominenten Bürgern zugestellt wurde, und in der dem Empfänger gegen Vorzeigung der Einladung eine — Preisermäßigung von 25 Prozent auf die 4, 3 und 2 Mark betragenden Eintrittspreise zugesichert wird! Oder will Harden in der Oeffentlichkeit nur „wertvoller" erscheinen, als wofür er sich selbst hält? —

— **Zwei schwere Unfälle.** Der Kutscher Heinrich Ringleb, Bahnhofstraße 16 wohnhaft, war am Mittwoch nachmittag auf dem Grundstück Neuhaldensleber Straße 1 mit dem Abladen von Waren beschäftigt. Beim Umwenden des Wagens wurde Ringleb von der Deichsel gegen eine Wand gedrückt und erlitt eine schwere Unterleibsquetschung. Der Verletzte wurde von der Sanitätswache nach der Krankenanstalt Altstadt gebracht. Der Arbeiter Hermann Eiserbeck aus Groß-Ottersleben geriet am Mittwoch abend beim Nachtdienst in der Fabrik von Otto Gruson u. Ko. zwischen einen Stationswagen, der mit einem schweren Stück Eisen beladen war, und eine Mauer, wobei dem Eiserbeck beide Oberschenkel gequetscht wurden. Der Schwerverletzte wurde mittelst des Sanitätswagens der Krankenanstalt Sudenburg zugeführt. —

— **Auf frischer Tat ertappt.** Gestern vormittag wurde, dem Polizeibericht zufolge, in dem Hause Kaiserstraße 91 ein Bodenkammerdieb auf frischer Tat ertappt und so lange festgehalten, bis die durch Fernsprecher herbeigerufenen Kriminalschutzmänner erschienen. Der Dieb ist der Eisenbahnarbeiter Richard L. von hier, dem bis jetzt zwei einfache und fünf schwere Diebstähle nachgewiesen sind, die bis Oktober v. J. zurückliegen. In einem Falle war der Täter mit einer Eisenbahn-Dienstmütze bekleidet gesehen worden. —

Konzerte, Theater ꝛc.

* Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet am kommenden Montag abend um 8½ Uhr im „Luisenpark" einen großen Lichtbildervortrag. Herr Kahl aus Frankfurt a. M. spricht über das Thema „Die Größe des Weltalls und der Sinn des Naturganzen". Das Thema wird sicherlich viel Interesse erwecken und ein volles Haus bringen. Einlaßkarten zum Preise von 20 Pfennig sind an den bekannten Stellen zu haben. —

* Stadttheater. Zu der am Freitag stattfindenden Aufführung von Rich. Wagners „Die Götterdämmerung" mit Heinrich Zeller als Gast muß noch nachgetragen werden, daß in der Partie des Gunther Herr Ludwig Fränkel gastieren wird. Als nächste Vorstellung im Schiller-Zyklus geht am Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen „Maria Stuart" in Szene. Die Sonntagabend-Vorstellung „Carmen" beginnt ausnahmsweise erst um 7½ Uhr. —

* Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Magdeburg, feiert am Sonnabend den 20. Februar in den festlich geschmückten Räumen des „Luisenparks" sein großes Winterfest, bestehend in großem Vokal- und Instrumentalkonzert mit nachfolgendem Balle. Freunde guten Gesangs werden, nach dem Programm zu schließen, voll auf ihre Rechnung kommen. (Siehe Inserat!) —

* Die Ringkämpfe im Zirkus. Am Mittwoch abend wurde der Kampf des Franzosen Sabatier gegen den deutschen Meister Strenge nach 30 Minuten als unentschieden abgebrochen. Markussen (Dänemark) siegte über den Berliner Schwartz in 15.30 Minuten. Bei dem Entscheidungskampf Jack Lewis gegen Altmann siegte der Neger in 53 Minuten. Am Donnerstag ringen: Schwartz gegen Apollon, Strenge gegen Reinecke, ferner ist der Entscheidungskampf Jack Lewis gegen Sabatier. —

Letzte Nachrichten.

Wb. Wittenberge, 19. Februar. (Amtlich.) Die Strecke Seehausen—Osterburg ist durch Hochwasser gesperrt. Zwischen Stendal und Osterburg bzw. Wittenberge und Seehausen wird der Betrieb aufrechterhalten. Der Durchgangsverkehr zwischen Hamburg und Magdeburg wird über Uelzen geleitet. —

Hd. Nürnberg, 18. Februar. Der wegen Sittlichkeitsverbrechens mit 15 Monaten Zuchthaus vorbestrafte ledige 54 Jahre alte Fahrradhändler Anton Senft stand gestern vor der hiesigen Strafkammer. Senft hatte es verstanden, junge Mädchen, die noch nicht 14 Jahre alt waren, durch Versprechung von Geschenken an sich zu locken. In seinem Laden beging er alsdann an den Mädchen unsittliche Handlungen; er verstand es immer wieder, die Mädchen an sich zu fesseln, so daß sie immer wieder kamen. Das Urteil lautete auf 10 Jahre Zuchthaus. —

Wb. Köln, 18. Februar. Wie der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg." zuverlässig erfährt, befindet sich Azew seit mehreren Tagen als Gefangener in der Petersburger Peter-Paul-Festung.

Hd. Wien, 18. Februar. Die gestern gebildete slawische Union im Reichsrat ist eine der größten Verbände und umfaßt 125 Mitglieder. Die slawische Union ist gebildet worden, um das taktische Vorgehen der ihr angehörenden Gruppen leiten zu können. —

Hd. Pilsen, 18. Februar. Gegen den Reichsratsabgeordneten Fresl wurde die Strafuntersuchung wegen des Verbrechens der Majestätsbeleidigung und öffentlicher Gewalttätigkeiten eingeleitet. —

Wb. Paris, 18. Februar. Gestern abend veranstalteten die royalistischen Camelots du Roi abermals eine Kundgebung gegen Professor Thalamas. Trotz der polizeilichen Vorkehrungen war es ihnen gelungen, in den Hörsaal einzudringen. Sie beschimpften den Professor und versuchten ihn zu mißhandeln; doch wurden sie von den republikanischen Studenten und der herbeigerufenen Polizei vertrieben. Die Royalisten setzten ihre Kundgebungen auf der Straße fort und zertrümmerten das in der Nähe des Luxemburg-Gartens aufgestellte Standbild des Senators Trarieux mit Hammerschlägen. Etwa 50 Personen wurden verhaftet, darunter der Rädelsführer der Royalisten und Mitarbeiter der „Action Francaise" Maurice Pujo. —

Wb. Teheran, 18. Februar. Nach einem Rundschreiben der deutschen Gesandtschaft sind Vorbereitungen getroffen worden, um die Kolonie im Falle der Gefahr aufzunehmen. Der Ernst der Lage nimmt zu. Die Europäer scheinen nicht gefährdet zu sein. —

Hd. Konstantinopel, 18. Februar. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat in Kaifa eine von Agitatoren aufgehetzte Volksmenge das dortige österreichisch-ungarische Konsulat angegriffen, mit Steinen bombardiert, österreichische Waren ins Meer geworfen und sonstige antiösterreichische Demonstrationen begangen. Der österreichisch-ungarische Botschafter überreichte dieserhalb der Pforte eine Verbalnote, in welcher ein Entschuldigungsbesuch des dortigen Gouverneurs, Entschädigung für die vernichteten Waren sowie Bestrafung der Schuldigen verlangt wird.

Wettervorhersage.

Freitag den 19. Februar: Keine Witterungsänderung. —

GEBR. BARASCH

Nur so lange Vorrat! Nur so lange Vorrat!

Freitag Sonnabend

2 billige Lebensmittel-Tage

Freitag Sonnabend

Gemüse-Konserven

	2-Pfd.-Dose	1-Pfd.-Dose
Riesenstangenspargel	1.85	0.98
Stangenspargel I	1.45	0.75
Stangenspargel	1.15	0.60
Brechspargel schwach	0.85	—
Spargelköpfe	½-Pfd.-D. 0.42	
Junge Kohlrabi mit Grün	0.30	0.21
Spinat	0.48	0.32
Steinpilze	1.10	0.65
Morcheln	1.35	0.75
Leipziger Allerlei	0.80	0.45
Schnittbohnen	0.28	—

Mischobst Pfund **30** Pf.

Zitronen . . Dutzend 45 **30** Pf.

Apfelsinen Dutzend 44 **33** Pf.

Blumenkohl . . Kopf **19** Pf.

Landbrot ca. 3½ Pfd. schw. **38** Pf.

Hering in Gelee Pfd. **35** Pf.

Marmeladen

Melange-Marmelade	5-Pfund-Eimer	1.45
Johannisbeer-Marmelade	5-Pfund-Eimer	2.45
Kirschen-Marmelade	5-Pfund-Eimer	2.65
Johannisb.- mit Himb.-Marmelade	5-Pfund-Eimer	2.95

Früchte-Konserven

	2-Pfd.-Dose	1-Pfd.-Dose
Melange	1.10	0.60
Erdbeeren	1.10	0.60
Birnen	0.60	0.35
Aprikosen	1.20	0.65
Johannisbeeren	1.80	0.45
Apfelmus	0.70	0.40
Kirschen mit Stein	0.70	0.40
Weichselkirschen ohne Stein	1.00	0.55
Weichselkirschen mit Stein	0.70	0.40
Pfirsiche	1.20	0.60

Gem. Marmelade . . Pfund **25** Pf.

Ein Restposten **Herren- und Damen-Stiefel**

früherer Verkaufspreis	3.45	4.85	6.75	9.00	12.75	17.00
jetziger Preis Paar	1.75	2.50	3.50	4.75	6.95	8.50

Burg. **Burg.**

Sämtliche Neuheiten in

Kleider-Stoffen

zur Konfirmation

empfiehlt 3679

Otto Pussel

Schartauer Strasse 53-54

Burg. **Burg.**

Zur Konfirmation

Konfirmanden-Kleider ▣ **Prüfungs-Kleider**

in schwarz, weiss, farbig, von 18 21 24 28 bis 40 Mk.

Konfirmanden-Jacken extra billig!

7.50 12 18 22 bis 35 Mk.

Mode-Haus

GLASS & Co.

Breiteweg 193/194

Größte Auswahl

Enorm billige Preise

Reiz. D.- u. H.-Mask.-Kost. bill. zu verl. Schönebeckerstr. 91, 3. I b. Kirchner

Frdl. Wohnung, St. R., K. u. Zub. Dahlenw. Gr.-Chemnitz, Franzstr. 7

Mein Ausverkauf wegen Umzug

dauert nur noch **bis 26. Februar,**

Anerkannt billigste Preise!

Ganz besonders empfehle:

Konfirmanden-Anzugstoffe

garantiert **echtblaue Cheviots** in grösster Auswahl! 3678

Damentuche in **vielen Qualitäten** und grosser Farben-Auswahl;

Anerkannt billigste Preise!

Hermann Ohlrogge

Tuchversandhaus Norddeutschland

Himmelreichstraße 23.

Die reizendsten, schicksten

Damen-Masken-Anzüge

leiht man sich wieder bei **Ida Matthias,** Kronprinzenstr. 5, II.

Zuckerkartoffeln 10 Pfd. 40 Pf., Eierkartoff., magnum bonum 10 Pfd. 35 Pf., Kralle, rote Dabersche 10 Pfd. 30 Pf., Netzkartoffeln 10 Pfd. 25 Pf., im Zentner bedeutend billiger, sämtl. Sorten **Saatkartoffeln** empfiehlt die

Obst- u. Gemüse-Börse Gr. Marktstraße 12.

Acker

zu verpachten, an der Schwanenschanze gelegen, in großen und kleinen Parzellen, auch auf mehrere Jahre. **Lemsdorf,** Ottersleber Str. 26, I r.

Burg Alte u. neue Möbel kauft 3537 **Otto Meyer,** Ihlestr. 26

Burg. Heute Freitag **frische Wurst,** Sonnabend und Sonntag **Knoblauchwurst. F. Brettschneider.**